



Jahresbericht 2003

Übersicht über die Tätigkeiten der Stiftung

Lebensqualität im erweiterten Europa: Lebensbedingungen

Lebensunterhalt im neuen Europa: Arbeitsbedingungen

Qualität ist der Schlüssel: Arbeitsbeziehungen

*Blick in die Zukunft: Europäische Stelle zur Beobachtung
des Wandels (EMCC)*

Bereichsübergreifende Themen

Entwicklungsaktivitäten

Ein integrierter Ansatz: Information und Kommunikation

Anmerkung: Die Anlagen zum Jahresbericht 2003 (nur in englischer Sprache) sind separat auf der Webseite der Stiftung (<http://www.eurofound.eu.int/publications/General.htm>) zu konsultieren.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine selbständige Einrichtung der Europäischen Union. Sie wurde geschaffen, um die Formulierung der künftigen Arbeits- und Sozialpolitik zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Stiftung unter www.eurofound.eu.int.

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2004

Anträge auf Übersetzungs- und Reproduktionsrechte sind an den Direktor der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland, zu richten.

Laut Gründungsverordnung der Stiftung (EWG Nr. 1365/75) erstellt der Direktor einen Tätigkeitsbericht und übermittelt ihn dem Verwaltungsrat. Hiermit wird der Jahresbericht 2003 dem Verwaltungsrat zur Billigung vorgelegt (Artikel 13 Absatz 1).

Nach seiner Billigung durch den Verwaltungsrat wird der Bericht an die Gemeinschaftsorgane und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss weitergegeben (Artikel 13 Absatz 2).

Übersicht über die Tätigkeiten der Stiftung

2003 war ein Jahr großer Trauer für die Mitarbeiter und Kollegen der Stiftung, da am 4. Juli der Direktor der Stiftung, Raymond-Pierre Bodin, viel zu früh verstarb. Sein Tod ging allen nahe, die ihn kannten und mit ihm arbeiteten. Im beruflichen Bereich werden uns seine Dynamik und das Engagement, das er aufbrachte, um die soziale Gestalt Europas zu ändern, sehr fehlen. Als Anerkennung seines Lebenswerks und seines Beitrag zur Stiftung während seiner dreijährigen Amtszeit als Direktor wurde beschlossen, den neu hergerichteten Konferenzsaal nach ihm zu benennen. Der Einweihung im Oktober wohnten seine Ehefrau, Mitglieder des Verwaltungsrats, Beobachter, Mitarbeiter, Angehörige des diplomatischen Korps und andere geladene Gäste bei.

2003 war für die Stiftung jedoch auch ein Jahr intensiver Tätigkeit und Vorbereitung. Der Prozess der Einbindung der neuen Mitgliedstaaten in die wesentlichen Tätigkeiten der Stiftung ging schneller voran als im Jahr zuvor; der Schwerpunkt lag dabei auf Beobachtungsinstrumenten und Forschungsnetzen. Die wichtige Beobachtungsfunktion der Stiftung wurde durch die Einrichtung neuer Forschungsinstrumente in Bereichen wie z. B. den Lebensbedingungen stärker hervorgehoben.

Gleichzeitig führte die Umsetzung der neuen Rahmenfinanzregelung der EU-Kommission durch die Stiftung zu einer besseren Projektleitung und Haushaltskontrolle bei sämtlichen Stiftungstätigkeiten. Das erweiterte Verfahren bildet eine solide Grundlage für die künftige Arbeit und schafft den Rahmen für die laufende Vorbereitung des nächsten Vierjahresarbeitsprogramms 2005-2008.

Die Vorbereitungen dieses Arbeitsprogramms nahmen im Laufe des Jahres ebenfalls an Intensität zu. Insbesondere veranstaltete die Stiftung ein Seminar im slowenischen Ljubljana zur Sammlung von Ideen und Vorschlägen. Dabei wurden zwei Ziele verfolgt: Einerseits sollten die Ideen in das Programm 2005-2008 einfließen, andererseits sollte das Seminar als Vorbereitung auf das nächste Forum der Stiftung, das für 2004 vorgesehen ist, dienen. Hochrangige Akteure aus dem Bereich der Sozialpolitik, darunter auch Vertreter der Beitrittsländer, nahmen an der zweitägigen Debatte teil. Ein Bericht, der die aufgeworfenen Fragen und die Dynamik der Diskussionen wiedergibt, wird wichtige Anregungen für das erste Vierjahresarbeitsprogramm nach der Erweiterung liefern.

Intensivierung der Vorbereitungen für die Erweiterung

Der Prozess der Integration der künftigen EU-Mitgliedstaaten in das Arbeitsprogramm der Stiftung wurde 2003 fortgesetzt. Insbesondere wurden Anstrengungen unternommen, die zehn Beitrittsländer in die Beobachtungsinstrumente und Forschungsnetze der Stiftung einzubinden. Zu diesem Zweck wurden diese Länder zur Teilnahme an Konferenzen und Veranstaltungen der Stiftung eingeladen. Auf Ebene des Verwaltungsrats der Stiftung nahmen die tripartiten Beobachtungsstellen der neuen Mitgliedstaaten im Laufe des Jahres eine aktive Rolle ein.

Der im Oktober herausgegebene Bericht *Working conditions in the acceding and candidate countries* (Arbeitsbedingungen in den Beitritts- und den Kandidatenländern) war das Ergebnis der erweiterten Untersuchung der Stiftung zu Arbeitsbedingungen, die sich mit den 13 Beitritts- und Kandidatenländern befasste. Angesichts der bevorstehenden Erweiterung stellt dieser Bericht die erste wichtige Vergleichsmöglichkeit für die Arbeitsumgebung in diesen Ländern dar und bildet eine einzigartige Informationsquelle zu den in diesen Ländern herrschenden Arbeitsbedingungen. Ein weiteres Projekt beschäftigte sich mit der Rolle des sozialen Dialogs bei der Vorbereitung der zehn Beitrittsländer auf die

Wirtschafts- und Währungsunion. Die Ergebnisse dieses Projekt sind im Bericht *Social dialogue and EMU in the acceding countries* (Sozialer Dialog und WWU in den Beitrittsländern) zusammengefasst, der im Oktober veröffentlicht wurde. Mit der zweiten Projektphase wurde während des Jahres begonnen. Ziel ist es, Pläne für eine industrielle Harmonisierung in den zehn neuen Mitgliedstaaten zu entwickeln. Dazu sollen Sozialpartner und Regierungen zusammengebracht und der Sozialdialog als Mittel zur Konfliktlösung eingesetzt werden. Für 2004 ist ein vollständiger Bericht vorgesehen, der sich in diesem Punkt mit den zehn neuen Mitgliedstaaten befasst.

Auf der im Mai 2003 abgehaltenen Konferenz *Better work and life: Towards an inclusive and competitive enlarged Union* (Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen: eine integrative und wettbewerbsfähige erweiterte EU) wurden Qualitätsaspekte der Arbeits- und Lebensbedingungen im erweiterten Europa untersucht. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der Stiftung und dem griechischen Ministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen der griechischen EU-Präsidentschaft organisiert. Hochrangige Akteure (Minister, Beamte, Sozialpartner, internationale Organisationen usw.) wohnten der Veranstaltung bei. Die dabei erzielten Ergebnisse flossen in das anschließende Ministertreffen ein, auf dem die gleichen Fragen erörtert wurden.

Beitrag zur sozialpolitischen Agenda der EU

Die Stiftung setzte ihre Bemühungen fort, Sozialpartnern und Regierungen Erkenntnisse, Daten und Analysen zur Verfügung zu stellen, um das auf dem Gipfel in Lissabon festgesetzte Ziel zu erreichen, Europa bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. 2003 flossen die Analysen und Empfehlungen der Stiftung in verschiedene Mitteilungen, Entschlüsse und Stellungnahmen der EU ein, Themen wie die Europäische Betriebsräte, finanzielle Beteiligung, Migration und Beschäftigung sowie industriellen Wandel betrafen und von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss ausgingen.

Ebenso bot der Stiftungsbericht „Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz“ zu einer Zeit, in der die öffentlichen Diskussionen in vielen EU-Mitgliedstaaten sich mit möglichen gesetzlichen Maßnahmen zur Einschränkung von Gewalt und Belästigung bei der Arbeit beschäftigten, umfassende Erkenntnisse zur aktuellen Lage und zu derzeitigen Trends in diesem Bereich und lieferte präzise Daten zum Ausmaß dieses Phänomens und den damit verbundenen Kosten.

Der Stiftungsbericht „Krankheit, Behinderung und soziale Integration“ trug in ähnlicher Weise zur aktuellen europaweiten Debatte über die Entwicklung von politischen Strategien und Dienstleistungen zur Förderung der sozialen Integration von Menschen mit chronischen Erkrankungen (physischer oder psychischer Art) oder Behinderungen bei. Im Bericht wird hervorgehoben, dass physische, gesetzliche oder administrative Hindernisse für diese Gruppen nach wie vor bestehen und dass die Ausgrenzung bereits frühzeitig eintreten kann, beispielsweise werden Kinder häufig in parallele Bildungseinrichtungen abgeschoben oder in anderer Weise aus der Hauptgesellschaft ausgeschlossen. Die im Bericht enthaltenen Empfehlungen, denen zufolge der Dialog mit den Sozialpartnern bezüglich der Planung und Ausarbeitung einer Politik auf lokaler Ebene gemeinsam mit Behindertenvereinigungen zu verstärken ist, wurden in der zweiten Jahreshälfte unter der italienischen EU-Präsidentschaft diskutiert.

Stärkung von Beobachtungsinstrumenten und -tätigkeiten

Beobachtungsinstrumente und -tätigkeiten bildeten im Jahr 2003 den Hauptschwerpunkt der Arbeit in allen vier wesentlichen Forschungsbereichen der Stiftung. Gemäß den Bemühungen um eine vollständige

Vorbereitung auf die Erweiterung wurden alle Beobachtungsinstrumente auf die neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt. Auf der Grundlage von Befragungen in den 28 gegenwärtigen und künftigen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern wurde die erste Untersuchung zur Lebensqualität in Europa durchgeführt. Die Europäische Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO) dehnte ihre Informationssammlung und Analysen bezüglich der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen ebenfalls auf die meisten der neuen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländer aus. *European Restructuring Monitor*, das Beobachtungsinstrument der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC), lieferte ebenfalls Daten über Trends zur industriellen Neustrukturierung und über den Abbau von Arbeitsplätzen in allen Sektoren in Europa. *European Working Conditions Observatory* (EWCO), das europäische Observatorium für Arbeitsbeziehungen, nahm seine Arbeit später im Jahr auf. Es wurde von einem Netz nationaler Korrespondenten regelmäßig mit aktuellen Informationen und Nachrichten zu verschiedenen Themen versorgt, von der Arbeitsautonomie über das Arbeitstempo bis hin zu flexibler Beschäftigung. Als Reaktion auf die Entwicklung hin zu kürzeren sowie flexibleren Arbeitszeiten in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten wurden schließlich die Vorbereitungen einer für 2004 vorgesehenen Unternehmensumfrage zum Thema Zeit abgeschlossen.

Ausbau der Kommunikationswege

Die kontinuierlichen Bemühungen im Rahmen des derzeitigen Vierjahresarbeitsprogramms, die Verfügbarkeit von Forschungsarbeiten, Daten und Analysen der Stiftung zu verbessern, indem die für bestimmte Zielgruppen jeweils am besten geeigneten Kommunikationswege genutzt werden, hat entscheidend zur Einrichtung spezifischer Kommunikationsnetze beigetragen. Der Kontakt mit den europäischen Einrichtungen wurde durch die Arbeit des Verbindungsbüros in Brüssel intensiviert, besonders durch den Austausch zwischen EU-Politikern, Sozialpartnern, Unternehmen, Vertretern der Zivilgesellschaft und Sachverständigen bei öffentlichen Anhörungen im Europäischen Parlament und auf Sitzungen mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss. Das Netz der nationalen Verbindungsbüros hat die Bestrebungen, die richtigen Gruppen zur richtigen Zeit und am richtigen Ort anzusprechen, vor allem auf nationaler Ebene verstärkt. Diese Netze haben die Stiftung bei der Vorstellung der Forschungsergebnisse und der inhaltlichen und zeitlichen Abstimmung der Botschaften entscheidend unterstützt.

Verbreitung der Botschaften der Stiftung

Durch zwei weit gefasste Informations- und Kommunikationsthemen wurde 2003 gewährleistet, dass das Zielpublikum der Stiftung eine kohärentere Botschaft erhielt. Über die Hälfte aller Informations- und Kommunikationstätigkeiten im ersten Halbjahr 2003 fielen unter das Motto *Diversity as an opportunity for Europe* (Vielfalt als Chance für Europa); die Erweiterung bildete das Hauptthema in der zweiten Jahreshälfte.

Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Konferenzen, Seminaren und Arbeitskreisen als Kommunikationsmittel begann die Stiftung mit der Entwicklung von Instrumenten und Methoden zur Ausrichtung von Konferenzen, welche die aktive Teilnahme erleichtern und unterschiedliche Diskussionsformen verbessern.

Das Internet bleibt nach wie vor das wichtigste Instrument der Stiftung zur Informationsverbreitung, wie der anhaltende Nutzungsanstieg der Websites *Eurofound* und *EIROOnline* belegt. Die EMCC-Website verzeichnete über das gesamte Jahr hinweg eine wachsende Zahl von Nutzern. Die Stiftung verfolgt in Bezug auf ihren Internetauftritt eine neue Strategie, die sich auf die Erkenntnisse aus diversen Bewertungen und groß

angelegten Umfragen unter Internetnutzern stützt. Darin wurden die notwendigen Änderungen an Aufbau und Inhalt aufgezeigt, die zur Weiterentwicklung dieses wichtigen Kommunikationswegs erforderlich sind.

Die Zahl der Besuche bei der Stiftung blieb konstant: Insgesamt fanden 66 Besuche statt (2002 waren es 68). Die durchschnittliche Zeit, die die Mitarbeiter der Besucherbetreuung widmeten, stieg dagegen von 253 auf 273 Stunden. Begründet liegt dies in intensiveren und speziell zugeschnittenen Programmen.

Verbesserung der internen Effizienz

Durch die neuen Finanzvorschriften, die nun gelten, trägt die Stiftung eine größere finanzielle Verantwortung. Diese Änderung trat zu einem Zeitpunkt in Kraft, als verbesserte Verfahren zur Projektbeobachtung und Umsetzung in einer nahezu vollständigen (99,9 %) Ausschöpfung des Haushalts für 2003 resultierten. Es wurde diskutiert, ob ein neues Personalstatut eingeführt werden sollte, um das Personalstatut der Stiftung mit dem anderer EU-Einrichtungen in Einklang zu bringen. Die Einbeziehung tripartiter Vertreter der neuen Mitgliedstaaten wird sich auf die künftige Führung der Stiftung auswirken. Der Verwaltungsrat hat diesbezüglich zusammen mit den beiden anderen tripartiten Agenturen, dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung in Thessaloniki und der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in Bilbao, einen Vorschlag ausgearbeitet.

Lebensqualität im erweiterten Europa: Lebensbedingungen

Die Lebensqualität in Europa bildete 2003 den Hauptschwerpunkt der Arbeit im Bereich Lebensbedingungen. Im Mai wurde mit der ersten Untersuchung der Stiftung zur Lebensqualität in 28 Ländern begonnen. Dabei wurden etwa 26 000 persönliche Gespräche durchgeführt, in denen die Themen Wohn- und Lebensbedingungen, Gesundheit und Gesundheitsdienste, Bildung, Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, Familie und soziales Netz, Nutzung von Zeit, Sozialkapital und öffentliche Dienste sowie wirtschaftliche Ressourcen angesprochen wurden.

Darüber hinaus wurde im gleichen Jahr gemeinsam mit der GD Beschäftigung der Europäischen Kommission eine Initiative zur Analyse und zum Vergleich von Eurobarometer-Daten zu Lebensbedingungen und Lebensqualität in der EU und den 13 Beitritts- und Kandidatenländern durchgeführt; im März 2004 soll eine Reihe von Berichten erscheinen. Überdies wurde eine durchsuchbare Datenbank mit statistischen Kennzahlen vergleichbarer EU-weiter Datenquellen entwickelt, die derzeit mit verfügbaren Daten aus den neuen Mitgliedstaaten aktualisiert wird. Die Online-Datenbank soll Mitte 2004 in Betrieb genommen werden.

Als Beitrag zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen richtete die Stiftung in Zusammenarbeit mit der italienischen Präsidentschaft die Konferenz *Illness and Employment: Retaining the link to work* (Erkrankung und Beschäftigung: Anschluss ans Arbeitsleben) aus. Auf dieser Konferenz stellte die Stiftung ihren Bericht „Krankheit, Behinderung und soziale Integration“ vor. Die Konferenz brachte politische Entscheidungsträger, Sozialpartner und NROs aus ganz Europa zusammen.

Der 2003 erschienene Bericht „*A new organisation of time over working life*“ (Neuorganisation der Zeit im Verlauf des Arbeitslebens) wurde von der Stiftung als Beitrag zur Debatte über Zeitpolitik und Lebensqualität vorgestellt. Darin wird ein konzeptueller Rahmen zur Betrachtung der Zeiteinteilung über die Dauer des Arbeitslebens hinweg aufgestellt; diese Initiative wird in Zusammenhang mit gegenwärtigen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten präsentiert.

Beobachtungstätigkeiten und Höhepunkte 2003

Die Stiftungsinitiative zur Beobachtung und Dokumentation der Lebensbedingungen und Lebensqualität in Europa besteht aus drei wesentlichen Tätigkeitsbereichen:

- Durchführung einer umfassenden Untersuchung in 28 Ländern in Form von Gesprächen;
- Entwicklung einer Online-Datenbank mit Hilfe von bestehenden Datenquellen mit einem gewissen Funktionsumfang für die Datenanalyse;
- Analyse von Eurobarometer-Daten aus den EU-Mitgliedstaaten und den Beitritts- und Kandidatenländern zur „sozialen Lage“.

Untersuchung zur Lebensqualität

Am 12. Mai wurde mit einer 28 Länder umfassenden Untersuchung zur Lebensqualität in Europa begonnen. Dabei wurden etwa 26 000 Vertreter aus den EU-Mitgliedstaaten und den Beitritts- und Kandidatenländern befragt, um umfassende Daten zu Fragen der Lebensbedingungen und der Lebensqualität zu erhalten.

2004 wird eine Aufstellung der wichtigsten Ergebnisse zusammen mit Informationen über die wesentlichen Erkenntnisse in Bezug auf die einzelnen Länder, demografischen Gegebenheiten, Beruf und Einkommen

veröffentlicht werden. Daran anschließen wird sich eine Reihe analytischer Berichte zu verschiedenen Aspekten der Lebensqualität in Europa, z. B. zu Beschäftigungs- und Lebensstandards, Haushalt und Familie, Pflege und Gemeinschaft, Wohnwesen, lokalem Umfeld und öffentlichen Diensten sowie zur allgemeinen Lebenszufriedenheit.

Datenbank mit statistischen Kennzahlen

Die durchsuchbare Datenbank mit statistischen Kennzahlen, die auf der Grundlage vergleichbarer EU-weiter Datenquellen entwickelt wurden, ist aktualisiert worden und wird auf die Beitritts- und Kandidatenländer ausgedehnt. Die Daten befassen sich mit 12 Bereichen: wirtschaftliche Ressourcen; Wissen, Bildung und Ausbildung; Haushalt und Familienleben; Gesundheit und Zugang zum Gesundheitswesen; Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen; Wohn- und Lebensbedingungen; soziale Beziehungen, Einbindung und Integration; Verkehrswesen; lokales Umfeld und lokale Einrichtungen; Erholung und Freizeit; öffentliche Sicherheit und Kriminalität; Kultur, soziale Qualität und allgemeine Lebenszufriedenheit. Für jeden Bereich wurden je nach Wichtigkeit und Verfügbarkeit der vergleichbaren Daten 10-20 Kennzahlen ausgewählt. Die Datenbank, die alle zwei Jahre aktualisiert wird, wird derzeit weiterentwickelt, um Online-Analysen zu ermöglichen.

Die Beobachtungsstrategie der Stiftung beinhaltet sowohl die beschreibende als auch die analytische Beobachtung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf einer recht detaillierten Analyse, um die Zusammenhänge zwischen den Bereichen sowie die Gründe für Änderungen im Laufe der Zeit verstehen zu können. Der Mitte des Jahres veröffentlichte Bericht *Quality of life in Europe: an illustrative report* (Lebensqualität in Europa: ein anschaulicher Bericht) stellt eine Ergänzung der Datenbank dar und veranschaulicht beide Formen der Beobachtung.

Analyse von Eurobarometer-Daten

Die Stiftung führte separat eine ausführliche Analyse der Eurobarometer-Studie in den Beitritts- und Kandidatenländern durch und verglich dabei die Ergebnisse aus dieser Studie mit den Ergebnissen aus jüngsten Eurobarometer-Standarduntersuchungen in den 15 gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten. Zu den folgenden sieben Themen wurden analytische Berichte erzeugt, die im März 2004 veröffentlicht werden: Lebenszufriedenheit, soziale Ausgrenzung, Einkommen und Benachteiligung, Arbeit und Lebensqualität, Gesundheits- und Pflegedienste, Familie und Fruchtbarkeit sowie Migrationstrends. Ein Gesamtbericht und eine Zusammenfassung werden ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Kommission erstellt. Im Oktober stellte die Stiftung auf einer Konferenz der italienischen Präsidentschaft zu den Themen Erweiterung und Arbeitsbeziehungen in Modena ein Papier vor, das sich auf einen der demnächst erscheinenden Stiftungsberichte, *Migration trends in an enlarged Europe* (Migrationstrends im erweiterten Europa), stützt.

Sachverständigenetz

Das Netz der Sachverständigen im Bereich Lebensqualität aus den Beitritts- und Kandidatenländern wird weiter ausgebaut. Das zweite Treffen, das sich mit den Ergebnissen der Eurobarometer-Studie befasste und von der polnischen Wissenschaftsakademie veranstaltet wurde, fand am 5. Juni 2003 in Warschau statt. Dr. Marek Szepanski, stellvertretender Minister für Wirtschaft und Soziales, eröffnete eine Sondersitzung über die Lebensbedingungen in Polen. Das dritte Treffen des Sachverständigenetzes wurde vom 26.-27. November 2003 in Vilnius, Litauen, gemeinsam mit der GD Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission abgehalten.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Zeiteinteilung im Laufe des Lebens

Der Wandel der traditionellen Rollen der Geschlechter und der Arbeitsteilung zwingt zu einem Umdenken bei den konventionellen Arbeits- und Lebensmustern. Immer mehr Menschen sind auf der Suche nach einer neuen Zeiteinteilung, damit sie andere wichtige Belange besser koordinieren können; gleichzeitig verlangen Arbeitgeber mehr Flexibilität bei der Arbeit. Die Forschungsarbeit der Stiftung in diesem Bereich befasst sich mit dem Umgang mit den geänderten Anforderungen durch eine andere Zeitnutzung über die gesamte Lebensdauer hinweg; spezielles Augenmerk gilt dabei den Jahren der Erwerbstätigkeit der Personen.

Der Bericht über die erste Forschungsphase wurde Mitte 2003 veröffentlicht. Darin enthalten ist ein konzeptioneller Rahmen zur Betrachtung der Zeiteinteilung im Verlauf des Arbeitslebens, der die Verbindung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität herstellt. Dabei werden sich wandelnde Muster und Vorlieben bei der Zeitnutzung sowie eine Reihe von Maßnahmen untersucht, z. B. mehr bezahlte Freizeit in stressreichen Lebensphasen als Ausgleich für die Anhebung des Rentenalters. Auch die Einführung eines auf diese neue Zeiteinteilung abgestimmten Sozialversicherungsnetzes wird angesprochen. Der Bericht dient auch als Beitrag zur Rentendiskussion und legt das Augenmerk vor allem auf folgende Punkte:

- Es werden Möglichkeiten identifiziert, wie die Arbeitszeit über die Lebensdauer hinweg erhöht werden kann.
- Die wichtige Frage, wie sich die Anhebung des Rentenalters und der lebenslangen Arbeitszeit mit Initiativen vereinbaren lässt, mit denen die Arbeitnehmer motiviert und in die Lage versetzt werden sollen, insgesamt länger zu arbeiten, wird beantwortet.
- Der Bericht empfiehlt die Umsetzung verschiedener Methoden zur Zeiteinteilung über die Lebensdauer hinweg zur Unterstützung von Rentenreformen.

Auf Ersuchen der Europäischen Kommission legte die Stiftung auf einer Konferenz der italienischen Präsidentschaft über die Themen Älterwerden und Renten, die am 18. September in Bologna stattfand, ein auf diese Forschungsarbeit gestütztes Papier vor. Des Weiteren präsentierte die Stiftung am 19. September in Brüssel auf dem Weltkongress der IATUR (International Association for Time Use Research, internationale Vereinigung für die Erforschung der Nutzung von Zeit) ein Papier über die Nutzung von Zeit und die neue Zeiteinteilung.

Strategien zur Bekämpfung von sozialer Ausgliederung und Arbeitslosigkeit in benachteiligten Regionen

In aktuellen Debatten über Maßnahmen zur Erreichung der Ziele Beschäftigung, soziale Integration und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wurde die Rolle des „Sozialkapitals“ als Konzept in der regionalen Politik angesprochen. Die Auffassung vom Sozialkapital wirft jedoch eine Reihe potenziell widersprüchlicher Themen auf in Bezug auf die Bedeutung des Sozialkapitals für die soziale Integration und Beschäftigung, seinen wertschöpfenden Beitrag als politisches Instrument und seine Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit benachteiligter Regionen. In diesem Zusammenhang besteht das oberste Ziel dieses Projekts darin, die Nützlichkeit des Konzepts des „regionalen Sozialkapitals“ für politische Entscheidungsträger, mit Schwerpunkt auf benachteiligten Regionen, zu bewerten. Eine Literaturlauswertung schaffte die theoretischen Grundlagen und den erklärenden Rahmen für die empirische Arbeit. Die Studie befasst sich mit der Beratung mit Schlüsselorganisationen und der Identifizierung bewährter Praktiken und Erfahrungen in fünf oder sechs benachteiligten Regionen. Im Rahmen der Fallstudien wurden Diskussionen

mit regionalen Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Sozialpartnern und NROs geführt. Um weitere Informationen für die Studie zusammenzutragen, wurde am 2. Dezember in der Stiftung ein Arbeitskreis mit relevanten Sachverständigen abgehalten.

Arbeitskräfteangebot in Pflegediensten

Diese Studie beschäftigt sich mit der Bereitstellung von Pflegediensten, insbesondere im Bereich Gesundheit und Pflege hilfsbedürftiger und erkrankter Personen jeden Alters. Heim- und Gemeinschaftspflege sind enthalten, Krankenhauspflege hingegen nicht. Die Forschungsarbeit konzentriert sich auf Pflegepersonal in formeller Anstellung, wobei anerkannt wird, dass viele bezahlte Beschäftigte nichtoffizielle Dienste leisten und der Großteil der Pflege von Familienangehörigen übernommen wird. Die erste Phase der Studie konzentrierte sich auf sechs Mitgliedstaaten: Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien und Vereinigtes Königreich. Zunächst wurden die Voraussetzungen für die Einführung von Maßnahmen zur Beschaffung von mehr Personal im Pflegesektor betrachtet und die Entwicklungen in Politik und Praxis in den teilnehmenden Ländern untersucht. Derzeit wird an einem Rahmen gearbeitet, mit dem sich bewährte Praktiken analysieren lassen; dabei stehen die Kernfragen Mobilität sowie Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen für in diesem Sektor Beschäftigte im Vordergrund. Ein internetgestütztes Fallbuch bewährter Praktiken in nationalen Initiativen und lokalen Maßnahmen wird ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

Kommentare zur Erweiterung

Zwei wichtige Aktivitäten des Teams zur Untersuchung der Lebensbedingungen konzentrierten sich 2003 auf die Erweiterung. Die erste Aktivität führte die Stiftung in Zusammenarbeit mit der Kommission durch. Dabei wurden die Ergebnisse der Eurobarometer-Studien über die Lebensqualität in der EU und den Beitritts- und Kandidatenländern (s. o.) eingehend untersucht. Im Rahmen der zweiten Aktivität wurde die Untersuchung der Stiftung zur Lebensqualität in Europa in der EU und den 13 Beitritts- und Kandidatenländern (s. o.) durchgeführt.

Im Brennpunkt

Erkrankung und Integration

2003 war das offizielle „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen“. Die Beschäftigung von behinderten oder erkrankten Personen ist zur Erreichung der in Lissabon und Stockholm festgelegten anvisierten Beschäftigungsquoten und zur Förderung einer integrativeren Gesellschaft entscheidend. Derzeit werden im Beschäftigungsbereich nicht genügend Maßnahmen ergriffen, um Personen, die während ihres Arbeitslebens chronisch erkranken oder eine Behinderung erleiden, im Arbeitsleben zu halten, wieder zu integrieren und zu rehabilitieren. Angesichts dessen gab die Stiftung eine Studie in Auftrag, wie dieser Prozess vorangetrieben werden kann.

Mitte 2003 erschien der erste Forschungsbericht, der die Situation von Personen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen schildert und sich damit befasst, wie die soziale Integration dieser Personen gewährleistet werden kann. Dabei werden Art und Ausmaß der Probleme verschiedener Gruppen untersucht, u. a. auch die Faktoren, welche diese Gruppen an der Teilnahme am Arbeitsmarkt hindern. Zudem werden politische Initiativen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Wohnen, Verkehrswesen usw. aufgeführt, die zur sozialen und wirtschaftlichen Integration beitragen können. Mit dem Bericht sollen Diskussionen angeregt und das Augenmerk der Politik auf Personen (vor allem im arbeitsfähigen Alter) mit langdauernden Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen gelenkt werden.

Wichtigste Forschungsergebnisse

- Personen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen werden häufig nur als Pflegeobjekte betrachtet;
- Die Ausgrenzung erfolgt frühzeitig; behinderte Kinder werden häufig in parallele Bildungseinrichtungen abgeschoben oder in anderer Weise aus der Hauptgesellschaft ausgeschlossen;
- 17 % der allgemeinen Bevölkerung in Europa und etwa 15 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind von chronischen Erkrankungen oder Behinderungen betroffen;
- 6 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt Leistungen für Behinderte in Anspruch;
- etwa ein Viertel der neuen Behindertenleistungen entfallen auf psychische Erkrankungen;
- unter Arbeitern ist der Behindertenanteil größer;
- die Arbeitslosenquote bei Personen mit schweren Erkrankungen oder Behinderungen fällt etwa dreimal so hoch aus wie bei Personen ohne Behinderung;
- Strategien, mit denen eine stärkere Einbindung in den Arbeitsmarkt erzielt werden soll, indem die Leistungen verringert werden, haben tendenziell geringe Erfolgsaussichten;
- Personen mit Erkrankungen oder Behinderungen werden geringer entlohnt als Personen ohne Behinderung;
- Krankheit, Berufsunfälle und sozioökonomische Faktoren erhöhen die Quote chronischer Erkrankungen und Behinderungen im Verlauf des Arbeitslebens von 5 % auf 40 % im Rentenalter.

Personen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen sind auf folgende Weise benachteiligt:

- geringeres Einkommens- und Bildungsniveau;
- Stigmatisierung und Diskriminierung;
- unsicherer Beschäftigungsstatus, unsicherer Arbeitsplatz und Arbeitslosigkeit.

Hauptvorschläge

- verstärkter Dialog auf lokaler Ebene und mit Sozialpartnern;
- mehr Anregungen und Kommentare seitens Vertretern von Behindertenvereinigungen;
- Einbeziehung der Behindertenperspektive in alle politischen Bereiche;
- Vereinbarung einer „universellen Gestaltung“ zur Verbesserung des Zugangs zu Einrichtungen;
- Aufstellung einheitlicher Kriterien zur Gewährung von Behindertenleistungen;
- Integration behinderter Kinder in die Hauptbildungssysteme;
- systematische Bewertung nationaler Politiken in diesem Bereich;
- Aufstellung von EU-Verhaltensregeln mit Schwerpunkt auf „angemessenen Vorkehrungen“ für die Beschäftigung.

In der zweiten Phase des im Herbst 2003 aufgenommenen Projekts liegt der Schwerpunkt auf der Beschäftigung; dabei werden Maßnahmen untersucht, um Personen mit Erkrankungen oder Behinderungen erneut ins Arbeitsleben zu integrieren bzw. dort zu halten.

Die Ergebnisse dieses Projekts flossen in die gemeinsame Konferenz *Illness and Employment: Retaining the link to work* (Erkrankung und Beschäftigung: Anschluss ans Arbeitsleben) ein, die vom 17.-18. November in Reggio Calabria unter der italienischen Präsidentschaft stattfand. Auf der Konferenz kamen politische Entscheidungsträger, Sozialpartner und NROs aus ganz Europa zusammen und erörterten verschiedene Maßnahmen, mit denen Personen, die bei der Arbeit Gesundheitsprobleme erleiden, im Arbeitsleben gehalten werden sollen. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem auf den Verflechtungen zwischen Maßnahmen bei der Arbeit und Systemen zum Sozialschutz.

Schlüsselveranstaltungen

27.-30. März

Mental illness and stigma in Europe: facing up to the challenges of social inclusion and equity (Psychische Erkrankung und Stigmatisierung in Europa: Bewältigung der Herausforderungen sozialer Integration und Gleichbehandlung), Athen

Konferenz der EU-Präsidentschaft

Robert Anderson berichtete über die im Rahmen eines Arbeitskreises über soziale Integration erzielten Ergebnisse und stellte ein Papier über Strategien zur Beschäftigung von Personen mit psychischen Erkrankungen (*Strategies for employment of people with mental illness*) vor.

16.-17. Mai

European Forum on Local development and Employment - Acting together at local level: more and better jobs, better governance (Europäisches Forum zur lokalen Entwicklung und Beschäftigung - Zusammenarbeit auf lokaler Ebene: mehr und bessere Arbeitsplätze, bessere Führung), Rhodos

Konferenz der EU-Präsidentschaft

Henrik Litske nahm an einem Arbeitskreis über die soziale Wirtschaft teil und stellte ein Papier über die Aktivierung lokaler Partnerschaften in der sozialen Wirtschaft (*Activating local partnership in the social economy*) vor.

18. September

Ageing and pensions (Älterwerden und Renten), Bologna

Konferenz der EU-Präsidentschaft

Hubert Krieger präsentierte ein Papier über die veränderte Zeiteinteilung im Laufe des Lebens (*Reorganisation of time over the life course*).

16.-17. Oktober

Second European round table on poverty and social exclusion: The role of the family in promoting social inclusion (Zweiter europäischer runder Tisch über Armut und soziale Ausgrenzung: die Rolle der Familie bei der Förderung sozialer Integration), Turin

Gemeinsame Konferenz der EU-Präsidentschaft und der Europäischen Kommission

Robert Anderson nahm an einem Arbeitskreis über Bürgerschaft und den Zugang zu Rechten (*Citizenship and access to rights*) teil und präsentierte ein Papier über die Qualität öffentlicher sozialer Dienste (*Quality in social public services*).

17.-18. November

Illness and employment: Retaining the link to work (Erkrankung und Beschäftigung: Anschluss ans Arbeitsleben), Reggio Calabria

Gemeinsame Konferenz der Stiftung, der italienischen EU-Präsidentschaft und der Region Kalabrien. Die Stiftungsangehörigen Willy Bushak, Robert Anderson und Philippe Bronchain leisteten Beiträge.

16.-18. Dezember

The regional dimension of disability policies (Die regionale Dimension der Behindertenpolitik), La Rioja

Vom Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Behindertenforum ausgerichtete Konferenz. Philippe Bronchain stellte ein Papier über die Einbindung von Personen mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen ins Arbeitsleben und die Verantwortlichkeiten auf lokaler Ebene (*Maintaining and integrating people with chronic illness or disability in employment: What are the roles at local level?*) vor.

Lebensunterhalt im neuen Europa: Arbeitsbedingungen

Die Qualität von Arbeit und Beschäftigung bildete auch im Jahr 2003 die konzeptionelle Grundlage der Tätigkeiten des Bereichs für Arbeitsbedingungen, auf die sich sowohl strategische Forschungsinitiativen als auch die Beobachtungstätigkeit stützen.

Insbesondere wurde mit der Veröffentlichung des dritten Stiftungspapiers *Quality of women's work and employment: Tools for change* (Qualität der Arbeit und Beschäftigung von Frauen: Instrumente für den Wandel) im Januar die Qualität von Arbeit und Beschäftigung um die Geschlechterperspektive erweitert.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Länder im Mai 2004 gab die Stiftung ihren Abschlussbericht *Working conditions in the acceding and candidate countries* (Arbeitsbedingungen in den Beitritts- und den Kandidatenländern) heraus. Dieser Bericht stützt sich auf einen ähnlichen Fragebogen wie der, der in früheren Untersuchungen der Stiftung zu Arbeitsbedingungen verwendet wurde, und die Ergebnisse zeichnen ein interessantes und politisch relevantes Bild der Arbeitsumgebung in 28 europäischen Ländern.

Überdies nahm das Netz sachverständiger Korrespondenten im Bereich Arbeitsbedingungen Ende 2003 seine Arbeit auf. Das Netz bildet einen der Eckpfeiler der neuen internetgestützten Initiative *European Working Conditions Observatory* (EWCO, europäisches Observatorium für Arbeitsbeziehungen). Die Beobachtungsstelle wird die bestehende Forschungsarbeit der Stiftung ergänzen und für aktuelle Nachrichten und Analysen im Bereich Arbeitsumgebung sorgen, sowohl auf EU-Ebene als auch in einigen Mitgliedstaaten auf einzelstaatlicher Ebene.

Beobachtungstätigkeiten und Höhepunkte 2003

Untersuchung zu den Arbeitsbedingungen

Die Untersuchung der Stiftung zu den Arbeitsbedingungen, die seit 1990 regelmäßig durchgeführt wird, ist zu einer bekannten und umfassenden Quelle vergleichbarer Daten über die Arbeitsumgebung in Europa geworden. Die letzte Phase der Untersuchungstätigkeiten der Stiftung wurde im Oktober 2003 mit der Veröffentlichung eines größeren Berichts über die Arbeitsbedingungen in den Beitritts- und in den Kandidatenländern (*Working conditions in the acceding and candidate countries*) abgeschlossen. In diesem Bericht werden die Daten aus der 2001 durchgeführten Untersuchung analysiert, wodurch eine Grundlage für den Vergleich der aktuellen Mitgliedstaaten mit den zehn Ländern, die im Mai 2004 der EU beitreten werden, sowie den drei Kandidatenländern geschaffen wird.

Forschungsergebnisse

- Die durchschnittliche Arbeitszeit in den Beitritts- und Kandidatenländern (die Türkei ist nicht in den Zahlen enthalten) liegt mit 44,4 Stunden pro Woche über der in der EU (38,2 Stunden). Sozial unverträgliche Arbeitszeiten, vor allem Schicht- und Nachtarbeit, kommen in den Beitritts- und Kandidatenländern häufiger vor. Teilzeitarbeit ist hingegen seltener anzutreffen (nur 7 % im Vergleich zu 17 % in der EU).
- In den Beitritts- und Kandidatenländern halten mehr Arbeitnehmer (40 %) ihre Gesundheit und Sicherheit infolge ihrer Arbeit für gefährdet als in der EU (27 %).
- Der Frauenanteil verteilt sich in den Beitritts- und Kandidatenländern gleichmäßiger auf die verschiedenen Berufskategorien und Hierarchiestufen als in der EU. In den Beitrittsländern gaben 27 % der Befragten an, eine Frau zum direkten Vorgesetzten zu haben (23 % in der EU).
- Die „doppelte Arbeitsbelastung“ scheint in den Beitritts- und Kandidatenländern ausgewogener verteilt zu sein als in der EU. Männer in den künftigen Mitgliedstaaten beteiligen sich tendenziell eher an Tätigkeiten wie Kindererziehung, Kochen oder Hausarbeit als Männer in der EU.

Die Beobachtung der Arbeitsbedingungen auf Sektorebene ist ein wichtiger Bestandteil der Untersuchungstätigkeiten der Stiftung. 2003 wurden die Arbeitsbedingungen und die Qualität von Arbeit und Beschäftigung im Hotel- und Gastronomiesektor und im Straßenverkehrswesen eingehend analysiert. Aus diesem Projekt gingen 15 einzelstaatliche Berichte hervor, in denen jeder Sektor behandelt wird, sowie zwei zusammenfassende Berichte, die Anfang 2004 veröffentlicht werden sollen. Jeder Bericht gibt wichtige Einblicke in die Lage in den beiden Sektoren, die Trends und Entwicklungen, welche die Branche formen, und in die Anliegen der im Sektor Beschäftigten und der für diesen Bereich zuständigen politischen Entscheidungsträger.

2003 wurde ebenfalls im Rahmen der Untersuchungsaktivitäten der Stiftung eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Untersuchungen zu den Arbeitsbedingungen vorgenommen. Die Forschungsarbeit, die auf der EWCO-Website veröffentlicht ist, enthält einen ausführlichen Vergleich der 18 Untersuchungen zu den Arbeitsbedingungen. Darin wird eine Vielzahl methodischer und inhaltsorientierter Ansätze zur Beschreibung der Arbeitsumgebung in Europa und außereuropäischen Industrieländern aufgeführt.

European Working Conditions Observatory

European Working Conditions Observatory (EWCO, europäisches Observatorium für Arbeitsbeziehungen) existiert seit August 2003 und bietet ein internetgestütztes Instrument zur Beobachtung von Qualitätsaspekten im Bereich Arbeit und Beschäftigung in Europa. Ein Netz von Korrespondenten sorgt für aktuelle Nachrichten, Analysen von Untersuchungsdaten und Informationen über ausgesuchte Themen. In der Anfangsphase setzt sich das Netz aus Korrespondenten in Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und Spanien sowie einem Korrespondenten auf EU-Ebene zusammen. Das Observatorium stellt eine Erweiterung der Rolle der Stiftung bei der Erfassung und Verbreitung von Informationen im Bereich Qualität von Arbeit und Beschäftigung dar. In erster Linie soll es die vorhandenen Forschungs- und Untersuchungsdaten der Stiftung durch einzelstaatliche Perspektiven in relevanten Fragen ergänzen.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Flexibilität

Die Stiftung führt bereits seit Jahren Forschungen im Bereich Flexibilität durch und befasst sich dabei mit den einzelnen, aber zusammenhängenden Themen Flexibilität der Arbeitszeit, Flexibilität des Arbeitsmarkts und Flexibilität der Arbeitsorganisation. 2003 gab die Stiftung eine Literaturlauswertung zu den Themen Flexibilität und Sozialschutz heraus, in der das Augenmerk auf Leistungen in folgenden Fällen lag:

- Arbeitslosigkeit (einschließlich, sofern relevant, Mindesteinkommenssystemen);
- Ruhestand/Alter;
- Elternurlaub (vor allem Erziehungsurlaub);
- Gesundheitswesen (in Bezug auf den Zugang zu und die Art von Gesundheitsdiensten für Arbeitnehmer).

Diese Forschungsarbeit enthielt eine systematische Beschreibung und Analyse der diversen Herausforderungen, die sich für den Wohlfahrtsstaat durch Flexibilität ergeben. Des Weiteren wurden die Zukunftsaussichten des Sozialschutzes im Kontext einer „Flexibilisierung“ von Arbeit und Beschäftigung beleuchtet. Unter besonderer Berücksichtigung des Themas „Flexisicherheit“ befasste sich der Bericht mit drei zu beachtenden Schlüsseldimensionen: Einkommensersatz, Beschäftigungsfähigkeit und Zeitdimension von Sicherheit. Neben der allgemeinen Beschreibung der Sozialschutz- und Flexibilitätsfragen in den EU-Mitgliedstaaten enthielt der Bericht eingehende Analysen der Situation in folgenden Ländern: Deutschland, Niederlande, Schweden, Spanien und Vereinigtes Königreich.

Arme Arbeitnehmer

Mit dem ursprünglich amerikanischen Konzept der „armen Arbeitnehmer“ werden Personen bezeichnet, die trotz Beschäftigung unterhalb der Armutsgrenze leben. Obwohl diesem Thema in den einzelnen Ländern und europaweit immer mehr Beachtung geschenkt wird, gibt es noch keine allgemein akzeptierte Definition der „armen Arbeitnehmer“. Die obersten Ziele des 2002 ins Leben gerufenen Projekts bestehen in der Identifizierung der Themen, die für diese gefährdete Gruppe relevant sind, in der Ermittlung der Anzahl und der Merkmale der „armen Arbeitnehmer“ und in der Ausarbeitung von Strategien, mit denen die Ausbreitung dieser Erscheinung aufgehalten werden kann. Die Ergebnisse einer diesbezüglichen Literaturlauswertung werden Anfang 2004 veröffentlicht werden.

Kommentare zur Erweiterung

2003 gab die Stiftung ihren Abschlussbericht über die Arbeitsbedingungen in den Beitritts- und Kandidatenländern heraus, der sich auf die 2001-2002 in diesen 13 Ländern durchgeführte Untersuchung stützt. Die Untersuchungsergebnisse geben ein aktuelles Bild der Arbeitsumgebung in den künftigen Mitgliedstaaten wieder und schaffen außerdem eine Vergleichsgrundlage in Bezug auf die Arbeitsbedingungen in der erweiterten EU.

Als Fortführung der Untersuchungsarbeit wurde 2003 mit einem weiteren Projekt begonnen, das sich vorrangig mit Geschlechter- und Arbeitszeitaspekten in den zehn Beitrittsländern befasst. Ziel dieser Forschung ist es, auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Analysen den Kontext für die Ergebnisse herzustellen. Vor allem werden dabei die Ursachen für die wesentlichen Unterschiede in den Arbeitszeitdaten der Beitrittsländer und der EU-Mitgliedstaaten sowie die verschiedenen Ausprägungen der Geschlechtertrennung untersucht. Zusammenfassende Berichte zu den einzelnen Themen sowie zwei Gruppen von Länderberichten sind in Vorbereitung.

Im Brennpunkt

Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz

Die Themen Gewalt und Belästigung bei der Arbeit sind in den letzten Jahren in ganz Europa zunehmend in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Nach der Sensibilisierung für dieses Problem kam es zu einer Vielzahl an Regelungen und praktischen Initiativen im Beschäftigungsbereich. Neue Gesetze zu diesem Problem wie beispielsweise die gemeinschaftlichen Antidiskriminierungsrichtlinien und landesspezifische Gesetze zum Thema Belästigung wurden bereits erlassen oder stehen kurz vor der Verabschiedung.

Das volle Ausmaß des Problems bleibt jedoch unbelegt. Forschungsarbeiten der Stiftung zufolge waren im Jahr 2000 ca. 9 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der EU in den vorangegangenen zwölf Monaten bei der Arbeit Einschüchterungsversuchen oder Belästigung ausgesetzt. Nahezu 13 % gaben an, sich über körperliche Gewalt bei der Arbeit bewusst zu sein. Tendenziell fallen diese Zahlen zu niedrig aus, da aufgrund eines anderen kulturellen Verständnisses, Bewusstseins und rechtlichen Vorgehens in einigen Mitgliedstaaten weniger Vorfälle gemeldet werden.

Die Stiftung richtete 2003 zwei Veranstaltungen aus, auf denen über die Arbeit der Stiftung in diesem Bereich informiert werden sollte. Eine Konferenz, die im April gemeinsam mit der belgischen Regierung in Brüssel durchgeführt wurde, bildete den Ausgangspunkt für den Bericht *Preventing violence and harassment in the workplace* (Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz). Im Dezember 2003 wurde unter der Schirmherrschaft des EWCO das erste Seminar zu diesem Thema abgehalten.

Der Bericht der Stiftung ist eine Zusammenfassung vorhandener Forschungsarbeiten zu Gewalt, Belästigung und ähnlicher Erscheinungen, wie Einschüchterung bei der Arbeit. Er enthält umfangreiche Angaben über die verschiedenen gesetzlichen und sonstigen Ansätze zur Bekämpfung des Problems auf EU- und einzelstaatlicher Ebene. Der Bericht bestätigt weitgehend die derzeitige EU-weite Tendenz zu psychologischem Missbrauch. Frauen, jüngere Arbeitnehmer und solche in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen stellen dabei besonders gefährdete Gruppen dar.

Der Bericht lenkt das Augenmerk auf die enormen Kosten, die dem Einzelnen, der Organisation und der Gesellschaft aufgrund von Gewalt und Belästigung bei der Arbeit entstehen, und erläutert, weshalb diesbezüglich ein aktiverer Ansatz gefragt ist.

Wesentliche Erkenntnisse

- Fast ein Zehntel der Arbeitnehmer gibt an, Einschüchterungsversuchen bei der Arbeit ausgesetzt gewesen zu sein.
- Mehr als 7 % der Arbeitnehmer in der EU sind sich des Vorkommens von körperlicher Gewalt an ihrem Arbeitsplatz bewusst, und 2 % berichteten von eigenen Erfahrungen mit körperlicher Gewalt am Arbeitsplatz.
- Frauen sind in Bezug auf Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz verwundbarer als Männer und arbeiten häufig in Bereichen, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, wie Bildungssektor, Gesundheitswesen, Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie Sozialeinrichtungen des öffentlichen Dienstes.

- Zu den negativen Auswirkungen von Belästigung am Arbeitsplatz auf finanzielle Aspekte und die Produktivität gehören Ausfallzeiten, schlechter Gesundheitszustand, frühzeitige Pensionierung, hohe Fluktuation, höhere Versicherungsprämien und ein angeschlagenes Firmenimage.
- Die Schätzungen der finanziellen Kosten, die den Organisationen aufgrund von Belästigung bei der Arbeit entstehen, schwanken. In Schweden durchgeführten Forschungsarbeiten zufolge belaufen sich für jedes Opfer die Kosten für den Arbeitgeber auf 30 000 - 100 000 Euro pro Jahr.

Schlüsselveranstaltungen

6. Februar

Midday conference (Mittagskonferenz), Europäische Kommission, Brüssel

Pascal Paoli hielt einen Vortrag über die Arbeitsbedingungen in den Beitritts- und Kandidatenländern, der sich auf die Untersuchungsdaten der Stiftung stützte.

27. März

Midday conference (Mittagskonferenz), Europäische Kommission, Brüssel

Sabrina Tesoka hielt vor Beamten der Kommission und anderen EU-Institutionen einen Vortrag über den Stiftungsbericht *Preventing Violence and Harassment in the Workplace* (Prävention von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz).

29. April

Violence and harassment in the workplace (Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz), Brüssel

An diesem gemeinsam von der Stiftung und der belgischen Regierung veranstalteten Seminar nahmen mehr als hundert Sachverständige teil.

12.-13. Mai

Better work and life (Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen), Alexandroupolis, Griechenland

Auf der Konferenz, die von der Stiftung und der griechischen Präsidentschaft ausgerichtet wurde, stellte Pascal Paoli die Ergebnisse der Forschungsarbeit zu Arbeitszeit und Flexibilität des für Arbeitsbedingungen zuständigen Teams vor.

17. September

EU sectoral social dialogue committee (Sektoraler Ausschuss der EU für den sozialen Dialog), Brüssel

Sabrina Tesoka präsentierte die vorläufigen Ergebnisse der Sektorerhebung über die Arbeitsbedingungen im Straßengüterverkehr.

11.-12. Dezember

Violence and harassment in the workplace (Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz), Brüssel

Dieses Seminar war das erste, das unter der Schirmherrschaft des EWCO stattfand.

Qualität ist der Schlüssel: Arbeitsbeziehungen

Die Qualität der Arbeitsbeziehungen stellte 2003 eine Priorität für den Bereich Arbeitsbeziehungen dar. Die strategische Forschung konzentrierte sich auf die Entwicklung von Indikatoren, um damit zur EU-Debatte über die Qualität der Arbeitsbeziehungen beizutragen. Gleichzeitig wurden bestimmte Aspekte der Arbeitsbeziehungsindikatoren beobachtet und untersucht, wobei die gegenwärtige Situation in den Mitgliedstaaten dargestellt werden sollte.

Die Vorausschau auf die Erweiterung bildete nach wie vor eine der Prioritäten dieses Bereichs. Dabei wurden immer mehr Sachverständige und Beobachter aus den Beitritts- und Kandidatenländern in die Diskussions-, Vernetzungs- und Forschungstätigkeiten einbezogen.

Als Beitrag zur Debatte über die momentane und die zu erwartende Beschäftigungssituation auf dem europäischen Arbeitsmarkt legte die Stiftung die Ergebnisse einer EIRO-Studie über wirtschaftlich abhängige Erwerbstätige vor. Auf Wunsch des Europäischen Parlaments präsentierte die Stiftung ihre Forschungsarbeit auf diesem Gebiet auf einer Sitzung zu europaweiten Initiativen.

Für die Unternehmensumfrage zum Thema Zeit und Ausgewogenheit des Arbeitslebens wurden Vorbereitungen getroffen. Außerdem wurde ein Bericht über vorangegangene Unternehmensumfragen zum Thema Arbeitszeit erstellt, bei denen der Schwerpunkt auf Fragebögen und Methoden gelegt wurde. Die Informationen in diesem Bericht bildeten die Grundlage für das offene Ausschreibungsverfahren zur Durchführung der Untersuchung, mit dem Ende 2003 begonnen wurde.

Im Laufe des Jahres wurde ein neues Stiftungspapier vorbereitet, das sich auf frühere Forschungen auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen sowie auf EIRO-Material zu Sozialpartnern und sozialer Integration stützt und Anfang 2004 veröffentlicht werden soll.

Beobachtungstätigkeiten und Höhepunkte 2003

Europäische Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO)

In der Bestrebung, die Entwicklungen der Arbeitsbeziehungen möglichst vollständig zu dokumentieren, fuhr die Stiftung mit der Ausweitung des EIRO-Netzes auf die Beitritts- und Kandidatenländer fort. Die EIRO-Datenbank mit Nachrichten und Analysen wurde weiterhin als wichtigstes Informationsmittel genutzt, um die Sozialpartner und Regierungen, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den EWSA und andere europäische Einrichtungen über eine breite Palette von Themen zu unterrichten.

2003 wurde in Zusammenarbeit mit der Kommission ein Bericht über die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im Jahr 2002 (*Industrial relations developments in 2002*) herausgegeben. Der Bericht enthält Informationen über den Sozialdialog in Europa zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen. Außerdem werden darin die wichtigsten Gesetzesinitiativen in der EU sowie andere Tätigkeiten, die für die Arbeitsbeziehungen von Bedeutung sind, aufgeführt. Ferner werden die wesentlichen Entwicklungen bei den Arbeitsbeziehungen im Laufe des Jahres 2002 betrachtet. Auch auf Kernthemen der Tarifverhandlungen wird eingegangen, z. B. Entlohnung, Arbeitszeit, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Chancengleichheit und Vielfalt. Angesichts wesentlicher politischer und wirtschaftlicher Ereignisse in den einzelnen Ländern befasst sich der Bericht mit Entwicklungen im Bereich Gesetzgebung, Tätigkeiten der Sozialpartner, Arbeitskämpfmaßnahmen, Beteiligung von Arbeitnehmern sowie neuen Formen der Arbeit und Berufsbildung. Ein Kapitel ist dem Thema Migration und Arbeitsbeziehungen

gewidmet, das auf der politischen Tagesordnung der EU und ihrer Mitgliedstaaten eine immer wichtigere Rolle spielt.

2003 stellte *EIRO*Online ungefähr 260 Artikel über die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in den Ländern des EIRO-Netzes zur Verfügung, ebenso wie Studien und Beiträge zu folgenden Themen:

Vergleichende Übersichten

- Migration und Arbeitsbeziehungen;
- Überstunden in Europa;
- neue Technologie und Achtung der Privatsphäre bei der Arbeit;
- Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten in vier mittel- und osteuropäischen Ländern;
- jährliche Arbeitszeit in Europa;
- Arbeitsbeziehungen in der Automobilindustrie.

Jährliche Aktualisierungen

- Entwicklung der Arbeitszeit;
- Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- Entwicklung der Arbeitskampfmaßnahmen.

Thematische Beiträge

- Rolle der Sozialpartner bei den nationalen Aktionsplänen 2003;
- Betriebsräte und andere Formen der Vertretung und Beteiligung von Arbeitnehmern bei der Arbeit;
- Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie zur Gleichbehandlung;
- Umsetzung der EU-Richtlinie über abgestellte Arbeitnehmer;
- Kündigungen und damit verbundene Kosten.

Arbeitsbeziehungen in der EU, in Japan und den USA

EIRO ergänzte die von der Beobachtungsstelle gesammelten vergleichenden Informationen durch die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Cornell-Universität und dem japanischen Arbeitsministerium. In einem entsprechenden Bericht wurde die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im Verlauf des Jahres 2002 in den drei führenden Volkswirtschaften der Welt - der Europäischen Union, Japan und den USA - betrachtet. Ziel dabei war es, wesentliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszustellen. Der Bericht untersuchte eine Reihe wichtiger Strukturen und Prozesse sowie die Art und Weise, in der einige Kernthemen, wie Entlohnung und Arbeitszeit, gehandhabt wurden. Ferner wurden Strategien, Aktivitäten und verschiedene Maßnahmen seitens der Regierungen, Sozialpartner und Unternehmen zur Unternehmensumstrukturierung beleuchtet. Unter dem Aspekt des Erfahrungsaustauschs und des Lernens aus Fehlern und Erfolgen wurden Strategien und die momentane Praxis bei neuen Arbeitsformen und der Telearbeit untersucht. Im Rahmen eines Arbeitskreises im November, an dem Sachverständige aus den USA und aus Japan sowie Akteure der EU, Sozialpartner, Regierungsvertreter und Sachverständige auf dem Gebiet Arbeitsbeziehungen teilnahmen, wurden die Ergebnisse des Berichts besprochen.

Glossare zu Arbeitsbeziehungen

Die Glossare bilden ein weiteres Beobachtungsinstrument für den Kernbereich Arbeitsbeziehungen. Bis Ende 2004 wird die Stiftung 15 Bände der internationalen Ausgabe veröffentlicht haben. Zusätzlich zu den Glossaren wurde die EMIRE-Datenbank entwickelt, die eine elektronische Fassung der Glossare enthält. 2003 begann eine neue Projektphase mit folgenden Zielen:

- Erstellung eines EU-Bandes, in dem die auf EU-Ebene verwendete Terminologie im Bereich Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen enthalten ist;
- Durchführung einer methodischen Studie über gemeinsame Konzepte in Bezug auf die Beschäftigungs- und Arbeitsbeziehungssituation in den Mitgliedstaaten (Veröffentlichung in elektronischem Format).

2003 wurde das umfangreiche EU-Glossar vorbereitet. Die Veröffentlichung ist für 2004 vorgesehen. Dieser Band stellt einen erstmaligen Versuch dar, verbindliche Terminologieeinträge auf dem Gebiet der Beschäftigung und der Arbeitsbeziehungen zu erfassen. Ziel dabei ist es, eine gemeinsame Terminologie und gemeinsame Konzepte zu erstellen, die in allen EU-Ländern verwendet werden können.

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Europäische Betriebsräte

Die Stiftung hat im Laufe der Jahre eine Reihe von Projekten in Zusammenhang mit den Europäischen Betriebsräten durchgeführt. Dabei hat sie vor allem Abkommen nach den Artikeln 6 und 13 der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat zusammengetragen, analysiert, veröffentlicht und verbreitet. Das allgemeine Ziel der Stiftung bei dieser Arbeit ist es, gemäß ihrem tripartiten Ansatz, die Sozialpartner und politische Entscheidungsträger bei der Umsetzung der Richtlinie und beim Identifizieren nachahmenswerter Praktiken zu unterstützen. Das aktuelle Projekt dient dazu, die Funktionsweise der Europäischen Betriebsräte in der Praxis zu untersuchen, indem äußere Einflüsse analysiert und die Beziehungen zwischen den an den Europäischen Betriebsräten Beteiligten bewertet werden, z. B. zwischen Arbeitnehmervertretern und Führungskräften, zwischen Arbeitnehmervertretern und der übrigen Belegschaft sowie innerhalb der Unternehmensführung in internationalen Unternehmen.

2003 wurden in 37 internationalen Unternehmen Studien in Zusammenhang mit Europäischen Betriebsräten durchgeführt. Kriterium für die Auswahl der Unternehmen war, dass diese (aus rechtlichen Gründen) ihren Stammsitz in einem der fünf Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und dem Vereinigten Königreich hatten. Sowohl in der Muttergesellschaft als auch in einer Tochtergesellschaft in einem der vier anderen Länder wurden Befragungen durchgeführt. Ein Bericht, in dem die Fallstudien analysiert werden sollen, ist derzeit in Arbeit. Dabei soll festgestellt werden, wie die verschiedenen Einflussfaktoren der Europäischen Betriebsräte, ihre internen Vorgehensweisen und die erzielten Ergebnisse miteinander verflochten sind.

Finanzielle Beteiligung

Die Stiftung setzte ihre bisherige Arbeit zur finanziellen Beteiligung fort. In einer 2001 initiierten ersten Phase waren die Kernfragen der finanziellen Beteiligung in fünf Ländern identifiziert worden: in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und im Vereinigten Königreich. 2003 wurden die Forschungsarbeiten in drei weiteren EU-Ländern aufgenommen: in Belgien, Italien und Schweden. Ein Bericht, in dem die acht einzelstaatlichen Berichte zusammengefasst sind, wird 2004 herausgegeben. Im Mai 2003 begann die Stiftung außerdem mit einer neuen Phase des Projekts. Im Rahmen dieser Phase werden neue Indikatoren entwickelt,

mit deren Hilfe ein Leistungsvergleich der einzelstaatlichen Strategien und Praktiken zur finanziellen Beteiligung in den EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden kann. Die Hindernisse, mit denen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) bei der Einführung von Systemen zur finanziellen Beteiligung konfrontiert sind, werden genauso untersucht wie die Mechanismen für eine stärkere finanzielle Beteiligung an diesen Unternehmen.

Qualität der Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor

2003 begann die Stiftung in den folgenden fünf Ländern mit Forschungsarbeiten zur Qualität der Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor: Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland und Italien. Im Rahmen des Projekts fand eine Auswertung der aktuellen Literatur sowie von Tarifvereinbarungen, Gesetzgebung und öffentlichen Dokumenten statt, und es wurde auf die Ansichten von Sachverständigen im Bereich Arbeitsbeziehungen aus den lokalen Regierungen zurückgegriffen.

Qualität der Arbeitsbeziehungen: Entwicklung von Indikatoren

Das Projekt zielte darauf ab, die Qualität der Arbeitsbeziehungen besser nachvollziehen zu können, indem Theorien über Arbeitsbeziehungen untersucht und Indikatoren entwickelt wurden. Qualität spiegelt den Wunsch wider, nicht nur einen gewissen Mindeststandard aufrechtzuerhalten, sondern den Standard anzuheben und eine fairere Beteiligung am Fortschritt zu erzielen. Die Indikatoren wurden in vier Kategorien unterteilt:

- kontextbezogene Indikatoren;
- akteurbezogene Indikatoren;
- prozessbezogene Indikatoren;
- ergebnisbezogene Indikatoren.

Aufgrund eingehender Analysen konnten im Projektverlauf mit Hilfe einer ausgesuchten Liste von Indikatoren Länderprofile erstellt werden. Für 2004 sind weitere Analysen geplant.

Beiträge im Vorfeld der Erweiterung

Im Rahmen der Vorbereitung auf die Erweiterung führte EIRO in vier mittel- und osteuropäischen Ländern eine vergleichende Studie über die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten durch. In der Studie wurde untersucht, wie (individuelle und tarifliche) Arbeitsstreitigkeiten in vier Ländern geschlichtet werden: Polen, Slowakische Republik, Slowenien und Ungarn. Ferner wurden die Streikregelung in diesen Ländern sowie aktuelle Trends bei Streiks und anderen Formen von Arbeitsk Kampfmaßnahmen, wie Demonstrationen, beleuchtet.

Das derzeitige Projekt der Stiftung über den Sozialdialog und die Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in den Beitrittsländern (*Social dialogue and conflict resolution mechanisms in the acceding countries*) ist eine Fortführung des Projekts über den Sozialdialog und die Wirtschafts- und Währungsunion in den Beitrittsländern (*Social dialogue and economic and monetary union in the acceding countries*), das 2002-2003 durchgeführt wurde. 2003 wurde das Projekt in Estland, Malta, Polen, Slowenien und Ungarn aufgenommen. Zweck dieses in Zusammenarbeit mit Swedish WorkLife Enlargement durchgeführten Projekts ist es, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Regierungen und Forscher zusammenzubringen, damit sie bewerten können, wie sich Mechanismen zur Beilegung von Konflikten durch den Sozialdialog verbessern

lassen, um Arbeitsstreitigkeiten in den Beitrittsländern friedlich schlichten zu können. Vertreter dieser Organisationen nahmen im Oktober 2003 an einem Arbeitskreis in Prag teil, bei dem sie einzelstaatliche Berichte besprachen und Entwicklungsprojekte für Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in ihren Ländern konzipierten.

Im Brennpunkt

Migration und Arbeitsbeziehungen

Aus der vergleichenden EIRO-Studie geht hervor, dass angesichts 13 Millionen Ausländern in der EU (dies entspricht 3,4 % der Gesamtbevölkerung) damit gerechnet wird, dass Migration auch künftig ein wichtiges Thema für Regierungen und Sozialpartner bilden wird. In den meisten Ländern konzentrieren sich Zuwanderer im oberen und unteren Bereich des Arbeitsmarkts. Die Regierungen arbeiten vermehrt an der Ausarbeitung einer Politik für kontrollierte Zuwanderung, um gegen den Arbeitskräftemangel vorzugehen. Da dieser Mangel vorrangig in den Randbereichen des Arbeitsmarkts zu verzeichnen ist, wird sich dieses Phänomen in Zukunft noch verstärken.

Zwar ist ein gewisser Anteil der Zuwanderer in hochqualifizierten Berufen tätig (z. B. im Vereinigten Königreich), trotzdem sind weit mehr Zuwanderer in verhältnismäßig gering qualifizierten Anstellungen beschäftigt, insbesondere in arbeitsintensiven Sektoren wie Pflege- und Reinigungswesen. In Spanien sind 28 % der Zuwanderer in ungelerten Tätigkeiten beschäftigt - der Landesdurchschnitt liegt bei 14 %. In Portugal und Italien ist ein Großteil der Zuwanderer im Baugewerbe und als Arbeiter in der Fertigungsindustrie vertreten. In Ungarn ist der Anteil einfacher Arbeiter unter ausländischen Arbeitnehmern weit höher als unter inländischen. Bei ungelerten Arbeitern ist die Differenz noch größer. Insgesamt werden überdurchschnittlich viele Zuwanderer als Arbeiter beschäftigt und unterdurchschnittlich wenige als Angestellte oder im öffentlichen Bereich. Bestimmte Beschäftigungsbereiche in der Regierung oder staatlichen Institutionen sind Zuwanderern in Ländern wie Frankreich weitgehend verwehrt.

Obwohl Arbeitgeberorganisationen und Zuwanderungsvereinigungen nicht gänzlich unterschiedliche Auffassungen vertreten, bestehen dennoch einige größere Unterschiede. Die Arbeitgeber und ihre Organisationen betonen im Allgemeinen, wie wichtig und vorteilhaft die Freizügigkeit der Arbeitskräfte ist. Die Haltung der Gewerkschaften gegenüber Migration ist dagegen verhaltener. Viele Gewerkschaften stehen der Ansicht der Arbeitgeber zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte skeptisch gegenüber. Sie weisen vielmehr darauf hin, dass bereits jetzt die Situation der Migranten verbessert werden müsse, unabhängig davon, ob sie beschäftigt sind oder nicht.

Ungeachtet der zahlreichen „Erfolgsgeschichten“ sind Migranten, vor allem solche, die nicht aus dem EWR stammen, im Durchschnitt gegenüber inländischen Arbeitnehmern in den Bereichen Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote, Art der Arbeit und des Vertrags, Entlohnung sowie Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen benachteiligt. Die Fakten scheinen darauf hinzudeuten, dass ein integrierter Ansatz und die Zusammenarbeit mit Sozialpartnern zwar nicht unbedingt den Erfolg garantieren, aber immerhin gute Chancen auf Erfolg haben. Das Gleiche kann für einen dezentralen Ansatz gelten, gleichgültig, ob dieser auf regionaler oder auf Unternehmens- bzw. Sektorebene Anwendung findet.

Bipartiter und tripartiter Dialog und Beratung in Migrationsfragen scheinen in vielen Ländern stattzufinden und in einigen Fällen sogar eine wichtige Rolle zu spielen. Die Belange zugewanderter Arbeitnehmer werden in den meisten Ländern bei Tarifverhandlungen kaum berücksichtigt, von einigen Ausnahmen abgesehen. Diese beschränken sich vorrangig auf bestimmte Sektoren. In allgemeinerer Hinsicht liegen bei einigen wenigen Ländern auch auf sektorübergreifender Ebene solche Ausnahmen vor. In vielen Ländern, z. B. Frankreich, Luxemburg, Polen, Portugal, Schweden, Slowakische Republik, Slowenien und Ungarn, werden Angelegenheiten in Zusammenhang mit zugewanderten Arbeitnehmern nicht als Thema für Tarifverhandlungen angesehen, sondern für den bipartiten und tripartiten Dialog. In anderen Ländern sieht der Ansatz anders aus: Hier werden Vereinbarungen auf verschiedenen Ebenen getroffen, in denen mit diversen Kernfragen (in erster Linie Nichtdiskriminierung bzw. Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft sowie Integration) auf unterschiedliche Weise umgegangen wird.

Auf sektorübergreifender Ebene haben die belgischen Sozialpartner Vereinbarungen über Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung ohne Unterschied der Rasse und über spezielle Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für „gefährdete“ Gruppierungen, einschließlich Zuwanderern, getroffen. In einem landesweiten Abkommen in Dänemark ist die Gleichbehandlung von Zuwanderern ein Leitmotiv für die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Führungskräften auf Unternehmensebene. Auch die größten Sozialpartnerorganisationen sind bezüglich der Integration von Zuwanderern zu einer Einigung gekommen. Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung werden auch in Griechenland und Irland in sektorübergreifenden Vereinbarungen abgedeckt. In Finnland wurde das eingegrenztere Thema der Überwachung der Arbeitsbedingungen von zugewanderten Arbeitnehmern im Rahmen einer zentralen Vereinbarung angegangen. In den meisten Fällen ist nicht nachgewiesen, dass sich solche sektorübergreifenden Regelungen in wichtigen Verhandlungen zu Migrationsfragen auf unterer Ebene niederschlagen.

Die Länder, in denen zugewanderte Arbeitnehmer bei den Tarifverhandlungen am stärksten berücksichtigt werden, sind vermutlich diejenigen, in denen das Thema in sektorbezogenen Abkommen behandelt wird: Italien, die Niederlande, Norwegen und Spanien. Verhandlungen zu Migrationsfragen auf Unternehmensebene sind eher selten, mit einigen Ausnahmen in Deutschland, Italien, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich.

Schlüsselveranstaltungen

6.-7. Februar

Fourth annual global forum on equity pay (Viertes weltweites Jahresforum über gleiche Entlohnung), Davos

Vom European Centre for Employee Ownership (europäisches Zentrum für Verantwortung der Arbeitnehmer) veranstaltete Konferenz. Christian Welz hielt einen Vortrag über die Ansichten und Strategien wichtiger Organisationen zur finanziellen Beteiligung (*Views and policies of peak organisations concerning financial participation*).

13.-14. März

Social dialogue seminar on gender equality (Seminar zum Sozialdialog über die Gleichstellung der Geschlechter), Brüssel

Gemeinsam vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), der Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas (UNICE) und dem Europäischen Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) veranstaltetes Seminar. Als Redner der Stiftung traten David Foden und Sabrina Tesoka auf.

28.-29. März

Strengthening the Central and East European employee ownership network to promote financial participation of workers (Ausbau des Netzes für mehr Verantwortung der Arbeitnehmer in Mittel- und Osteuropa zur Förderung der finanziellen Beteiligung von Arbeitnehmern), Brdo pri Kranju, Slowenien

Von der Europäischen Vereinigung für Aktienbesitz der Arbeitnehmer (EVAA) ausgerichtete Konferenz. Christian Welz hielt einen Vortrag über die Ansichten und Strategien wichtiger Organisationen zur finanziellen Beteiligung (*Views and policies of peak organisations concerning financial participation*).

12.-13. Mai

Better work and life: Towards an inclusive and competitive enlarged Union (Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen: eine integrative und wettbewerbsfähige erweiterte EU), Alexandroupolis

Gemeinsam mit dem griechischen Ministerium für Arbeit und Soziales ausgerichtete Konferenz der EU-Präsidentschaft

Zu den Rednern gehörten Raymond-Pierre Bodin, Stavroula Demetriades, Isabella Biletta, Robert Anderson und Pascal Paoli.

19. Juni

EP Hearing on economically dependant workers (EP-Anhörung über wirtschaftlich abhängige Erwerbstätige), Brüssel

Redner: Stavroula Demetriades

29.-31. Oktober

Workshop on social dialogue and conflict resolution mechanisms in Cyprus, the Czech Republic, Latvia, Lithuania and Slovakia (Arbeitskreis über den Sozialdialog und über Mechanismen zur Beilegung von Konflikten in Lettland, Litauen, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und in Zypern), Prag

Von der Stiftung veranstalteter Arbeitskreis. Zu den Rednern gehörten Willy Buschak, Timo Kauppinen und Christian Welz.

12.-13. Dezember

Tripartite conference: The right of information and consultation in practice in an enlarged Europe (Tripartite Konferenz: Das Recht auf Information und Beratung im erweiterten Europa in der Praxis), Warschau

Gemeinsam vom Internationalen Arbeitsamt und vom polnischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Sozialpolitik ausgerichtete Veranstaltung. Als Redner der Stiftung waren Stavroula Demetriades, David Foden und Camilla Galli da Bino vertreten.

Blick in die Zukunft: Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels

Überblick

2003 war das erste Jahr, in dem die Europäische Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC) voll einsatzfähig war. Im Laufe des Jahres untermauerte sie ihre Rolle bei der Ausarbeitung eines positiven und proaktiven Ansatzes für die Früherkennung von und den Umgang mit Wandel für wichtige wirtschaftliche und soziale Akteure und konzentrierte sich auf zwei wesentliche Ziele.

Zum einen wurde das EMCC-Portal in dem Bestreben, die EMCC zu einer zuverlässigen und einfach zugänglichen Quelle für Informationen und Wissen zur Früherkennung der Folgen von Wandel und dem Umgang damit zu machen, im April einer größeren Umstrukturierung unterzogen, um es benutzerfreundlicher und leichter zugänglich zu machen. Zudem wurde eine Vielzahl von Dokumenten und Referenzquellen online veröffentlicht. Dazu gehörten Ergebnisse aus Forschungsarbeiten im Grafik- und Mediensektor, der Fischerei und den Finanzmärkten. Ferner wurden zwei wichtige Informationsinstrumente zur Verfügung gestellt: *European Restructuring Monitor* und *Sector Futures*.

Zum anderen veranstaltete die EMCC - in ihrer Rolle als Förderer beim Ausbau der EMCC zu einem zentralen Knotenpunkt für den Austausch von Wissen und Erfahrungen für die Früherkennung von Wandel und den Umgang damit - vier Seminare zu sektorübergreifenden Themen. Auf diesen Seminaren kamen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter auf Unternehmensebene sowie anerkannte Sachverständige zusammen und erarbeiteten die Grundlagen für das EMCC-Unternehmensnetzwerk. Im Rahmen zweier sektorbezogener Arbeitskreise, die sich mit den Ergebnissen der EMCC-Forschung befassten, wurde ein gemeinsamer Ansatz für das Aufstellen von Szenarien in den Sektoren erarbeitet. Der Inhalt dieser Austauschveranstaltungen wurde in Berichten zusammengefasst, die im EMCC-Portal veröffentlicht wurden.

Darüber hinaus ging die EMCC 2003 erste Partnerschaften mit anderen Einrichtungen und Netzwerken ein mit der Absicht, einen proaktiven Ansatz für den industriellen Wandel zu schaffen und die Nutzung der EMCC-Ressourcen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang wurde eine Studie in Auftrag gegeben, bei der untersucht wurde, in welcher Form der Umgang mit Wandel an Wirtschaftsfakultäten vermittelt wird.

Beobachtung von Wandel in Europa

European Restructuring Monitor

Das Instrument *European Restructuring Monitor* (ERM) wurde im Mai im EMCC-Portal zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um ein einzigartiges Beobachtungsinstrument, das Informationen über angekündigte Umstrukturierungen und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung bietet. Bewerkselligt wird dies durch die Analyse von Finanzzeitungen und -magazinen in den 15 EU-Mitgliedstaaten. Alle Umstrukturierungen, die Unternehmen mit mehr als 250 Angestellten betreffen und bei denen mindestens 10 % der Mitarbeiter ihre Beschäftigung verlieren werden, werden in einer Datenbank dokumentiert. Alle Ankündigungen der Schaffung von Arbeitsplätzen infolge einer Unternehmensumstrukturierung werden ebenfalls aufgenommen. Mit Hilfe der Datenbank lassen sich Statistiken über die Entwicklung erstellen, die nach Land, Region, Sektor und Art der Umstrukturierung aufgeschlüsselt sind.

Die erste Ausgabe des ERM-Quartalsberichts wurde im August herausgegeben. Der Quartalsbericht bietet eine Übersicht über die wichtigsten Erkenntnisse sowie eine Auswertung der Daten, die in den vorangegangenen drei Monaten gesammelt wurden. In den Statistiken werden Umstrukturierungsaktivitäten

verglichen und die Länder und Sektoren identifiziert, die davon am stärksten betroffenen sind. Jede Ausgabe beleuchtet Entwicklungen in einem bestimmten Land oder Sektor und stellt Hintergrundinformationen zu zwei größeren, kürzlich stattgefundenen Umstrukturierungen zur Verfügung.

Sector Futures

Dieses Beobachtungsinstrument, das seit April besteht, konzentriert sich auf Studien, in denen der Blick in verschiedenen Sektoren auf den kommenden Zwölfmonatszeitraum gerichtet wird. Zu diesen Sektoren gehören Automobilindustrie, Textil- und Lederindustrie, Verlags- und Medienwesen, Informationstechnologie, Finanzdienstleistungen sowie Gesundheits- und Sozialdienste. Der erste Beitrag bietet eine Momentaufnahme des Sektors, in der die zukunftsbestimmenden Trends und Triebkräfte umrissen werden. Im zweiten Beitrag der Reihe wird die Zukunft des Sektors unter Berücksichtigung der Bereiche Beschäftigungswachstum und -rückgang, Qualifikationen und Ausbildung, Arbeitsorganisation und Beschäftigungsmuster gedeutet und analysiert. Der dritte Beitrag beschäftigt sich mit für die Zukunft des Sektors relevanten politischen Fragen und nennt strategische Alternativen und Varianten für die europäischen Untersektoren und Regionen. In dieser Ausgabe wird auch auf wichtige Strategieberichte über Arbeitsbeziehungen, Beschäftigungsmuster, Arbeitsbedingungen und Praktiken im Sektor Bezug genommen. 2003 erschienen sieben Ausgaben.

EMCC-Dossiers

Die EMCC-Dossiers dienen dem Ausbau und der einfacheren Nutzung der EMCC-Datenbank, indem ausführliche Zusammenfassungen eines ausgesuchten Themas zur Verfügung gestellt und eine Auswahl einschlägiger Forschungsarbeiten und Daten auf systematische Weise präsentiert werden. Über eine Reihe von Links kann auf eine große Vielfalt relevanter Dokumente und Informationsquellen zugegriffen werden. 2003 wurden zwei EMCC-Dossiers veröffentlicht: eines über die Krise in der Stahlindustrie und ein anderes zur industriellen Umstrukturierung.

Forschungsstudien

Trends and drivers of change in the automotive sector and the textile and leather sector (Trends und Triebkräfte für Wandel in der Automobilindustrie und in der Textil- und Lederindustrie)

Diese beiden Studien enthalten Analysen und Daten über sich ändernde Trends und die Triebkräfte in diesen Industrien. Ferner werden die Auswirkungen auf die Bereiche Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsorganisation, Beschäftigung, Qualifikationen und Fertigkeiten sowie auf die Erfassung qualitativer Informationen über Maßnahmen der Unternehmen in den jeweiligen Industrien betrachtet.

Austauschveranstaltungen

Im Rahmen des EMCC-Unternehmensnetzwerks wurde eine Reihe von Seminaren abgehalten.

13.-14. März

Managing business internationalisation (Umgang mit der Internationalisierung von Unternehmen), Brüssel

Auf dem ersten Seminar 2003, dem 32 Teilnehmer beiwohnten, hielten Vertreter der Deutsche Telekom (Deutschland) sowie von WS 2 (Irland), La Artistica Productos Quimicos (Spanien) und If (Schweden) Vorträge.

15.-16. April

Responsible management - a total approach (Verantwortungsvolles Management - ein ganzheitlicher Ansatz), Lyon

Das zweite Seminar wurde zusammen mit der französischen Organisation Centre des Jeunes Dirigeants (CJD) ausgerichtet. CJD stellte die Ergebnisse einer Studie vor, die 2002 mit 400 der CJD angeschlossenen Unternehmen durchgeführt wurde. Dabei lag das Augenmerk auf der Identifizierung sozial verantwortungsvoller Geschäftspraktiken in französischen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dieser Vortrag wurde von vier Fallstudien folgender Organisationen ergänzt: PR Agency Pohjoisranta (Finnland), Amazon PR (Vereinigtes Königreich), Peduzzi Batiment (Frankreich) und MTTM (Frankreich).

11.-12. Juni

Restructuring for growth and job creation (Umstrukturierung zur Erzielung von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen), Stockholm

25 Teilnehmer aus Unternehmen des Privatsektors, Sozialpartnerorganisationen und Regierungsstellen kamen in Stockholm zum dritten Seminar des Unternehmensnetzwerks zusammen, um die Erfahrungen der Unternehmen bei der Erzielung von Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen unter verschiedenen Blickpunkten zu erörtern. Hindernisse bei der Erzielung von Wachstum wurden genauso angesprochen wie die internen und externen Partnerschaften, die nötig sind, um das Geschäftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen nachhaltig zu unterstützen. Folgende vier Unternehmen wurden dabei untersucht: ICM Logistik (Schweden), DINAC (Frankreich), SAMOR International Group (Italien) und Novo-Nordisk (Dänemark).

23.-24. September

Business transformation: Which management models and leadership styles? (Betriebsumstellung: mit welchen Managementmodellen und Führungsstilen?), Madrid

45 Personen besuchten das vierte Seminar des EMCC-Unternehmensnetzwerks im Jahr 2003, das vom Wirtschafts- und Sozialrat für Spanien, dem nationalen Verbindungsbüro der Stiftung, in Madrid ausgerichtet wurde. Die Teilnehmer kamen aus zehn Mitgliedstaaten und setzten sich aus Geschäftsführern kleiner Unternehmen, Gewerkschaftsvertretern, Forschern und Beratern, leitenden Führungskräften und Personaldirektoren großer, internationaler Unternehmen zusammen. Dieser vielfältige und reichhaltige Erfahrungsschatz floss in die Diskussion zum Thema Führung und Unternehmenskultur beim Umgang mit Wandel ein. Fallstudien aus folgenden Unternehmen wurden vorgestellt: Union Fenosa (Spanien), DVV Insurance/Dexia Finance Group (Belgien), RATP (Frankreich) und Aircoach (Irland).

Ferner wurden zwei Szenarienarbeitskreise mit sektorbezogenem Schwerpunkt abgehalten.

22.-23. Mai

Future stories: Using scenarios to anticipate change in the graphics and media sector (Zukunftsperspektiven: Früherkennung von Wandel im Grafik- und Mediensektor mit Hilfe von Szenarien), Dublin

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wurden Techniken zur Entwicklung von Szenarien für den Grafik- und Mediensektor erörtert. Die Teilnehmer stammten sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor sowie aus Berufsgenossenschaften und vertraten Belgien, Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Spanien und das Vereinigte Königreich. Auch Vertreter der Druckindustrie, die Dienstleistungen für kleine Unternehmen und das Verlagswesen bieten, nahmen teil. Die Europäische Kommission war durch die Abteilung für Holz, Papier, Druck und Verlagswesen der GD Unternehmen vertreten.

21.-22. Oktober

Funding the growth of enterprises (Finanzierung des Unternehmenswachstums), Brüssel

Auf der Grundlage der Ergebnisse der EMCC-Studie und der EMCC-Szenarien wurde zusammen mit Vertretern neu oder kürzlich gegründeter Unternehmen im Arbeitskreis die Zukunft der Unternehmensfinanzierung in Europa diskutiert. Der Schwerpunkt des Arbeitskreises lag dabei auf der künftigen Finanzierung neu oder kürzlich gegründeter Unternehmen (s. u. Abschnitt „Im Brennpunkt“).

Schlüsselveranstaltungen

17. Juni

Anhörung des Europäischen Parlaments, Brüssel

Auf Ersuchen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments unterstützte die EMCC die Organisation einer öffentlichen Anhörung zum Thema Umstrukturierung. Die Veranstaltung wurde von Sachverständigen eröffnet und bot Vorträge über zwei Fälle von Umstrukturierung: einen Unternehmensfall - Telia Sonera (schwedische Telekomgesellschaft) - und einen regionalen Fall - Falck (Stahlunternehmen nördlich von Mailand).

19.-20. Juni

Gemeinsame Konferenz: Responsible restructuring (Verantwortungsvolle Umstrukturierung), Dublin

Die EMCC veranstaltete gemeinsam mit dem Centre d'Etudes de l'Emploi und der Université Européenne du Travail eine Konferenz, an der Forscher, Sachverständige sowie Wirtschaftsakteure und Sozialpartner aus verschiedenen europäischen Ländern teilnahmen. Auf der Konferenz wurde untersucht, welche Lehren aus den positiven Erfahrungen mit den Auswirkungen von Umstrukturierung gezogen werden können.

20.-21. November

Europäische Stiftung, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Beratende Kommission für den industriellen Wandel: Industrial change in Europe: current situation, prospects and responsibilities (Industrieller Wandel in Europa: Bilanz, Aussichten und Zuständigkeiten), Brüssel

Ziel dieser gemeinsamen Konferenz war es, das Wissen über bewährte Praktiken zu bündeln, um die Entwicklungsaussichten identifizieren und die Zuständigkeiten der vom industriellen Wandel betroffenen Akteure beurteilen zu können. Die Diskussionen drehten sich um drei Themen: sektorbezogener Wandel in den künftigen EU-Mitgliedstaaten, Entwicklungspartnerschaften und zukunftsorientiertes Management von Qualifikationen.

24.-25. November

EMCC und GD Unternehmen: Anticipating change in Europe's printing industry (Früherkennung von Wandel in der Druckindustrie Europas), Brüssel

Zweck des Arbeitskreises war es, im Kontext der Mitteilung der Kommission über den Stand der Wettbewerbsfähigkeit der Holz verarbeitenden Industrie und verwandter Industriezweige in der Europäischen Union [KOM(1999) 457 endgültig vom 5.10.1999] eine Methodik für Szenarien zu präsentieren. Dabei sollten in der Mitteilung identifizierte Trends und Triebkräfte bewertet und Kernthemen der Druckindustrie diskutiert werden.

Im Brennpunkt

Financial markets and the funding of enterprises in the European Union: what future? (Finanzmärkte und die Finanzierung von Unternehmen in der Europäischen Union: Zukunftsaussichten)

In einem 2002 durchgeführten Forschungsprojekt untersuchte die EMCC die Wahrscheinlichkeit von Wandel im Modell der Unternehmensfinanzierung in Europa. Dazu wurden drei Szenarien entwickelt, in denen die Triebkräfte für Wandel in den 90er Jahren untersucht und die Auswirkungen der heutigen neuralgischen Punkte auf das Finanzsystem analysiert wurden.

Mit dem Arbeitskreis sollten junge Unternehmen dazu bewegt werden, die Szenarien zur Früherkennung von Wandel zu nutzen und sich bereits heute mit möglichen Maßnahmen zur Vorbereitung auf zu erwartende künftige Änderungen, in Bezug auf die Bereitstellung von Kapital und den Zugang zu externer Finanzierung, auseinander zu setzen.

Bei dem Arbeitskreis kamen mehr als 20 Teilnehmer zusammen (u. a. Geschäftsführer und Besitzer neu gegründeter und etablierter KMU aus allen Sektoren, Sachverständige für die Planung von Szenarien, Vertreter von Finanzinstituten, Sachverständige und Forscher im Bereich Finanzmarktentwicklung, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter aus Unternehmen und sektorbezogenen Organisationen), welche die Zukunft der Unternehmensfinanzierung in Europa mit Vertretern neu oder kürzlich gegründeter Unternehmen diskutierten. Die Diskussionen im Arbeitskreis befassten sich mit folgenden zukunftsorientierten Fragen:

- Ist die Struktur der Unternehmensfinanzierung in der EU im Wandel begriffen und wie würde sich dies auswirken?
- Geht die Tendenz weg von der Finanzierung durch Banken hin zur Finanzierung durch Kapitalmärkte, Aktien und Obligationen? Bewegt sich die Struktur der Unternehmensfinanzierung in Europa also in Richtung des angloamerikanischen Modells, in dem Finanzinstitute, vor allem Banken, bei der Finanzierung von Unternehmen eine geringere Rolle spielen?
- Welche Auswirkungen hätte eine solche Verlagerung auf die Leitung von Unternehmen in Europa und deren Gesamtleistung?
- Müssen sich Unternehmen an die veränderten Gegebenheiten anpassen und wie ließe sich dies bewerkstelligen?

Im Arbeitskreis wurde die Versorgungsseite des Kapitals betrachtet, zudem wurden drei von London Economics entwickelte Szenarien vorgestellt. Der Vortrag befasste sich mit den Triebkräften für Wandel auf den Finanzmärkten in den 90er Jahren und den heutigen neuralgischen Punkten und bot überdies Hintergrundinformationen zu Techniken für das Aufstellen von Szenarien. Während Arbeitskreissitzungen hatten die Teilnehmer Gelegenheit, auf die Szenarien einzugehen sowie die wesentlichen Punkte und Probleme in Bezug auf die Zukunft der Unternehmensfinanzierung in Europa zu identifizieren.

Anschließend wurde im Arbeitskreis untersucht, wie die Bedarfsseite des Kapitals, also Unternehmen, die externe Finanzierung benötigen, voraussichtlich auf veränderte Strategien und Anforderungen der Versorgungsseite des Kapitals reagiert. Sachverständige wiesen auf Chancen und Risiken für im Wachstum begriffene, neu gegründete Unternehmen und KMU hin, die sich infolge von Änderungen auf der Versorgungsseite des Kapitals ergeben.

Bereichsübergreifende Themen

Als Teil ihrer Strategie für einen höheren Bekanntheitsgrad und eine vermehrte Nutzung ihrer Arbeit setzte die Stiftung ihre Schriftenreihe zu Themen fort, die im Arbeitsprogramm 2001-2004 als Prioritäten festgelegt wurden. Diese Schriften stützen sich auf die Ergebnisse verschiedener Stiftungsprojekte und sind im Kontext der derzeitigen politischen Ziele der EU verfasst. Ein vom Verwaltungsrat benannter Beratender Ausschuss, der für fünf Themengebiete zuständig ist, unterstützt die Stiftung bei der Anpassung dieser Erzeugnisse an die Informationsbedürfnisse der Zielgruppen der Stiftung, indem er bei der Auswahl der Themen und der Gestaltung der Schriften berät.

Förderung besserer Beschäftigung

Im März 2003 fand eine Sitzung des Beratenden Ausschusses statt, auf der verschiedene Vorschläge für Schriften der Stiftung besprochen wurden. Mögliche Themen für Schriften, die 2004 verfasst werden sollen, bilden die Förderung besserer Beschäftigung und von mehr Flexibilität sowie die Förderung besserer Beschäftigung und besserer Arbeitsbeziehungen.

Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen

2003 wurde eine Schrift der Stiftung über die Qualität der Arbeit und Beschäftigung von Frauen und relevante Änderungsinstrumente (*Quality of women's work and employment: Tools for change*) herausgegeben. Diese Schrift befasst sich mit dem Fortbestehen geschlechterspezifischer Unterschiede bei der Beteiligung am Arbeitsmarkt in Bezug auf Beschäftigungsquoten und Arbeitszeitmuster, Geschlechtertrennung und Unterschiede bei Lohn und Einkommen sowie mit der Frage der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben. Die Arbeit der Stiftung in diesem Bereich zeigt das zunehmende Verschwimmen traditioneller Grenzen zwischen Arbeits- und Lebensbedingungen und den Mehrwert eines integrativen Ansatzes, bei dem die wichtigsten Sozialakteure auf EU- und einzelstaatlicher Ebene einbezogen werden. Am 14. Februar und am 13. Juni kam der Beratende Ausschuss im Rahmen von Sitzungen zu diesem Thema zusammen. Auf der Grundlage der hierbei geführten Diskussionen wurde eine zweite Schrift über die Chancengleichheit bei Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Bildungs-, Pflege- und sozialen Bereich (*Equal Opportunities in services of general interest, education, care and social services*) entworfen, die derzeit fertig gestellt wird.

Umgang mit Vielfalt

Die zweite Sitzung des Beratenden Ausschusses über den Umgang mit Vielfalt fand am 6. Juni statt. Zwei potenzielle Stiftungsschriften wurden diskutiert: *Valuing diversity, a contribution to social cohesion* (Vielfalt als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt) und *Managing diversity, a tool for better employment and competitiveness* (Umgang mit Vielfalt als Instrument für bessere Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit). Es wurde angeregt, die beiden Schriften in einer zusammenzufassen und die zusammengefasste Schrift eventuell 2004 unter dem Arbeitstitel *Building on diversity, a contribution to a better Europe* (Vielfalt - ein Beitrag zu einem besseren Europa) zu veröffentlichen.

Unterstützung sozialer Integration

Bei der Erstellung von drei Schriften zu diesem Thema wurden Fortschritte erzielt. Die erste Stiftungsschrift, *Social inclusion: Local partnerships with civil society* (Soziale Integration: lokale Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft), wurde im Dezember herausgegeben. Darin wird die strategische und praktische Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Förderung der sozialen Integration beschrieben und die Rolle der Partnerschaften auf lokaler und regionaler Ebene beleuchtet. Die Schrift setzt auf einer Fülle von Forschungsarbeiten der

Stiftung auf diesem Gebiet auf und schlägt Leitlinien vor, die politischen Entscheidungsträgern helfen sollen, die Rolle der Zivilgesellschaft in der erweiterten EU auszubauen. Der Entwurf einer zweiten Schrift über soziale Integration und die Sozialpartner konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Eine dritte Schrift über den Zugang zu und die Qualität von öffentlichen Wohlfahrtsdiensten ist derzeit in Arbeit.

Untersuchung der veränderten Zeitnutzung

Die erste Schrift der Stiftung zu den Trends und Herausforderungen in Zusammenhang mit der Arbeitszeit in Europa (*Working time in Europe: trends and challenges*) wird gegenwärtig fertig gestellt. Darüber hinaus wird an einer zweiten Schrift gearbeitet, die sich mit den Auswirkungen einer rund um die Uhr vernetzten Gesellschaft befasst. Am 20. März und am 17. Juni 2003 hielt der Beratende Ausschuss Sitzungen ab, bei denen über diese Entwürfe diskutiert wurde.

Bereichsübergreifende Projekte

Soziale Verantwortung der Unternehmen

Mit der Herausgabe des Berichts *Towards a sustainable corporate social responsibility* (Schritte für eine nachhaltige soziale Verantwortung der Unternehmen) im Jahr 2003 lieferte die Stiftung einen konkreten Beitrag zur Diskussion über die soziale Verantwortung der Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR). Der Bericht war eine Zusammenfassung zweier Studien. Die erste Studie mit dem Titel *Corporate social responsibility and working conditions* (Soziale Verantwortung der Unternehmen und Arbeitsbedingungen) beschrieb die Unternehmensstrategien unter Berücksichtigung der sozialen Verantwortung in den Bereichen Arbeitsbedingungen und Beschäftigung. Als besondere Punkte wurden in der Studie Umstrukturierung und Subunternehmenschaft beleuchtet. Der zweite Bericht, *Corporate responsibility towards society: A local perspective* (Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Gesellschaft: eine lokale Perspektive), behandelte das Thema soziale Verantwortung im Hinblick auf die Lebensqualität.

Unternehmensumfrage zum Thema Zeit

Die 2003 geleistete Arbeit für die Unternehmensumfrage über die Arbeitszeit und die Ausgewogenheit des Arbeitslebens war im Wesentlichen vorbereitender Natur. Zunächst wurde ein Bericht in Auftrag gegeben, in dem frühere Unternehmensumfragen, vor allem international durchgeführte Erhebungen und solche zu Zeitaspekten, analysiert wurden. Dabei sollten bisherig praktizierte Methoden untersucht und Fragen in Zusammenhang mit Zeitstrategien identifiziert werden. Die Umfrage wird 2004 in den derzeitigen EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Sie wird auf Unternehmensebene in Form von Befragungen von für das Personalwesen zuständigen Führungskräften und, wenn möglich, Arbeitnehmervertretern erfolgen.

Entwicklungsaktivitäten

2001-2002 begann die Stiftung mit der Entwicklungstätigkeit in den Bereichen Migration und Mobilität sowie Vorhersage zur Wissensgesellschaft. Die Entwicklungsprojekte sind im Wesentlichen innovativ, experimentell, analysierend und auf die Zukunft ausgerichtet. Alle Projekte standen Ende 2003 kurz vor dem Abschluss. Der abschließende Arbeitskreis zum Projekt über die Vorhersage der Wissensgesellschaft wird Mitte 2004 abgehalten, und zum Thema Migration und Mobilität gingen Anregungen und Kommentare aus verschiedenen Arbeitsbereichen der Stiftung ein. Die Ergebnisse dieser Projekte werden, sofern angebracht, in die Tätigkeiten der Stiftung aufgenommen, die für das nächste Vierjahresprogramm 2005-2008 vorgesehen sind.

Migration und Mobilität

Migration, sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch aus Drittländern, hat in den vergangenen Jahren ein bislang einmalig hohes Niveau erreicht. In einer vergleichenden Studie der Stiftung über Migration und Arbeitsbeziehungen (*Migration and industrial relations*, EIRO, Mai 2003) wurde das Thema unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeziehungen untersucht. Die Studie enthält Informationen über das Migrationsausmaß und die Zahl der Migranten sowie eine Analyse der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation der Zuwanderer und beschreibt die Kernelemente der Regierungspolitik und der Gesetzgebung in diesem Bereich. Schließlich befasst sich die Studie mit den Auffassungen und Aktivitäten der Sozialpartner und untersucht, inwieweit migrationsrelevante Fragen bei Tarifverhandlungen berücksichtigt werden.

Im November 2003 hielt die Stiftung einen Arbeitskreis ab, der zur Diskussion über Migration und Mobilität in der EU beitrug, insbesondere in Bezug auf die sozialen wie beschäftigungsbezogenen Auswirkungen. Dabei wurde festgestellt, dass die Freizügigkeit der Arbeitskräfte in der EU durch die bevorstehende Erweiterung der EU ein neues Ausmaß annimmt. Einer durchgeführten Studie zufolge ist in den Bereichen Migration und Mobilität kein gravierender Anstieg aufgrund der Erweiterung zu erwarten. Genaue Prognosen bezüglich der Zuwanderung aus Ost- und Westeuropa sind schwierig: Das mögliche Ausmaß, die regionale Verteilung und die Formen der Migration müssen sorgfältig und vorsichtig eingeschätzt werden. Hinsichtlich der Beschäftigung in den einzelnen Sektoren sind die Auswirkungen vor allem in den oberen und unteren Ebenen des Arbeitsmarkts zu spüren, und Sektoren wie Bau- oder Hotel- und Gastronomiegewerbe sind stärker betroffen als andere. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass ein Großteil der Migration vorübergehender Natur ist, da eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den künftigen Mitgliedstaaten absehbar ist. Ein möglicher Ansatz besteht darin, ein koordiniertes Immigrationssystem zu errichten, in dem die Integration und eine interkulturelle Gesellschaft, in der Vielfalt in einem Rahmen gemeinsamer Werte respektiert wird, eine entscheidende Rolle spielen.

Weitere Erkenntnisse stammen aus dem Stiftungsprojekt zur Lebensqualität, in dem die Eurobarometer-Studie der Europäischen Kommission in den Kandidatenländern (Frühjahr 2002) analysiert wurde; ein Teilbereich davon befasste sich mit Migrationstrends im erweiterten Europa. Die Antworten auf verschiedene Fragen zu den Absichten der Menschen in diesen Ländern, in die EU zu migrieren, ließ darauf schließen, dass eine Flut an Zuwanderungen von Arbeitskräften unwahrscheinlich ist. Nur etwa 1 % der Personen im Alter ab 15 Jahren gab an, die feste Absicht zu haben, in die 15 gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten zu migrieren. Zwar fielen die Quoten bei jungen Menschen mit einer höheren Bildung am höchsten aus, dennoch kam die Studie zu dem Schluss, dass eine potenzielle Abwanderung der Intelligenz aus den Beitrittsländern durch eine „Rückwanderung“ ausgeglichen werden kann, die eintritt, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen in diesen Ländern bessern.

Vorhersage zur Wissensgesellschaft

Das Projekt der Vorhersage zur europäischen Wissensgesellschaft (EUFORIA) beinhaltete Forschungsarbeiten, den Aufbau von Netzwerken und den Informations- und Wissensaustausch mit Sachverständigen auf dem Gebiet der Wissensgesellschaft sowie mit Sozialpartnern und Regierungsvertretern aus den Mitgliedstaaten. Ferner hatte das Projekt zum Ziel, das sechste europäische Forschungsprogramm 2002-2006 der Europäischen Kommission über die Vorhersage mit dem Programm der GD Beschäftigung und Soziales zur Wissensgesellschaft und mit der Lissabon-Strategie über die Untersuchung, wie gesellschaftliche Vorausschau die Lücke zwischen der auf dem Gipfel in Lissabon erarbeiteten Beschäftigungsstrategie und der Perspektive im Technologiebereich schließen kann, zu verbinden.

Das Projekt EUFORIA erfüllte alle Kriterien eines Entwicklungsprojekts. Es war experimentell, analysierend, innovativ, entwicklungsorientiert und vorausschauend. Folgende Ergebnisse gingen aus dem Projekt hervor: ein Handbuch über die Vorhersage zur Wissensgesellschaft (*Handbook on Knowledge Society Foresight*), eine Reihe länderspezifischer Berichte über die Wissensgesellschaft (Deutschland, Finnland, Griechenland und Irland), ein zusammenfassender Bericht (wobei eine abschließende Projektzusammenfassung angedacht ist), eine Delphi-Studie und ein „europäisches Barometer zur Wissensgesellschaft“. Darüber hinaus wurden im Laufe des Projekts diverse Sitzungen abgehalten, und die Abschlussveranstaltung wird in Zusammenarbeit mit der irischen Regierung im Juni 2004 im Rahmen der Konferenz *Competitiveness - thinking and debating the future: shaping and aligning public policies* (Wettbewerbsfähigkeit - zukunftsgerichtet denken und handeln: Ausarbeitung und Abstimmung öffentlicher Strategien) der EU-Präsidentschaft erfolgen. Auf dieser Konferenz werden die Ergebnisse des Projekts EUFORIA vorgestellt.

Ein integrierter Ansatz: Information und Kommunikation

Zur rechten Zeit am rechten Ort

Die Stiftung band auch weiterhin die Informations- und Kommunikationsdimension in all ihre Forschungsprojekte mit ein, um die regelmäßige Kommunikation mit ihren Zielgruppen im Rahmen eines integrierten und geplanten Ansatzes zu gewährleisten. Dazu gehörten Vorträge, Informationsrunden, Reden und Presseveranstaltungen auf europäischer wie einzelstaatlicher Ebene, auch in den Beitritts- und Kandidatenländern. Das Verbindungsbüro in Brüssel und die nationalen Verbindungsbüros dienten in diesem Zusammenhang als wichtige Kommunikationsinstrumente.

Diskussionsforum

Die Rolle der Stiftung als Diskussionsforum wurde durch zahlreiche Konferenzen, Seminare und Debatten, die im Laufe des Jahres stattfanden, ebenfalls entscheidend gestärkt. Durch eine Bewertung größerer Konferenzen im Jahre 2002 konnten innovative Formen der interaktiven und partizipativen Diskussion ermittelt werden, die jetzt bei Konferenzen der Stiftung und ähnlichen Veranstaltungen Anwendung finden.

Qualität und Konsistenz

Ferner hat das konsistente Bestreben, bei den Erzeugnissen der Stiftung für die bestmögliche Qualität zu sorgen, zu neuen (elektronischen wie papiergestützten) Produktformen geführt. Unter den Internetnutzern wurde eine Erhebung durchgeführt, die eine Prüfung durch Sachverständige und einen Nutzbarkeitstest beinhaltete. 2004 wird die Website ein neues Erscheinungsbild erhalten, das sich auf die Erkenntnisse aus dieser Erhebung stützt. Der Nachrichtenbereich von Eurofound wurde durch neue Beiträge ergänzt, wodurch sich die Zahl der Journalisten auf den Presseverteiltern verdoppelte. Die Verfahren zur Qualitätssicherung bei übersetzten Dokumenten wurden strikter, und die Übersetzungsstrategie der Stiftung für die Zeit nach der Erweiterung wurde überarbeitet.

Thematischer Ansatz

Der Grundgedanke hinter einem thematischen Ansatz ist es, der Stiftung zu ermöglichen, sich über einen gewissen Zeitraum auf die Verbreitung der Forschungen, Analysen und Ergebnisse in einem bestimmten Bereich zu konzentrieren. Dadurch rückt der Beitrag der Stiftung zur Integration und zum Wandel in den Blickpunkt. Da 2003 für die EU das Jahr der Behinderung war, bildete die Vielfalt als Herausforderung für Europa in jenem Jahr das Leitmotiv. *Paving the road to enlargement - exchanging experiences* (den Weg für die Erweiterung bereiten - Erfahrungsaustausch) war das Motto der Kampagne zur Bekanntmachung und Verbreitung der Arbeit der Stiftung in den Beitritts- und Kandidatenländern. Diese Kampagne wird 2004 fortgesetzt. Die Verbreitungstätigkeiten widmeten sich außerdem der Bekanntmachung der Arbeit der Europäischen Stelle zur Beobachtung des Wandels (EMCC). Dabei wurden weitere Möglichkeiten untersucht, wie die sektorbezogenen Forschungsergebnisse der Stiftung bekannt gemacht werden können.

Bessere Ausrichtung auf Zielgruppen

Die Auswirkungen der Forschungsarbeit der Stiftung auf die Politikgestaltung auf EU-Ebene wurden durch die Tätigkeit des Verbindungsbüros in Brüssel noch verstärkt. Die Bedeutung des Verbindungsbüros in Brüssel wurde insbesondere durch die Ausrichtung gemeinsamer Veranstaltungen (öffentliche Anhörungen vor dem Europäischen Parlament und eine gemeinsame Konferenz mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss über den industriellen Wandel) und die Maßnahmen zur Bekanntmachung der Forschungsergebnisse und Erkenntnisse der Stiftung unter verschiedenen Akteuren im Gesetzgebungsprozess der EU deutlich. In Entschlüssen des Europäischen Parlaments, Stellungnahmen des EWSA und verschiedenen Mitteilungen

und Berichten der Europäischen Kommission wird auf die Berichte der Stiftung Bezug genommen, beispielsweise in Zusammenhang mit Themen wie Europäische Betriebsräte, finanzielle Beteiligung, Zuwanderung und Beschäftigung sowie industrieller Wandel. Auch der Bericht der Europäischen Taskforce „Beschäftigung“, ein wichtiger Beitrag zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates 2004, verweist auf Berichte der Stiftung. Die Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und Vertreterorganisationen der Zivilgesellschaft und der sektorbezogene Sozialdialog wurden verstärkt, vor allem indem das Verbindungsbüro in Brüssel die politischen Strategien dieser Partner aktiv beobachtet hat.

In Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Schweden und Spanien wurden sieben nationale Verbindungsbüros eingerichtet, die ihre Tätigkeit 2003 erfolgreich verrichteten. Sie haben in folgender Weise zur Informationsstrategie der Stiftung beigetragen:

- Bereitstellung übersichtlicher Informationen über die Arbeit der Stiftung in den entsprechenden Sprachen über das Internet, in Form von elektronischen Schreiben, Rundschreiben oder Magazinen;
- Ermittlung der Bedürfnisse der wichtigsten Zielgruppen in jedem Land (3 000 neue Kontakte);
- Berichte über einzelstaatliche Aktivitäten in den Forschungsbereichen der Stiftung, wodurch ein realistischer Kontext für die Informationstätigkeit der Stiftung gewährleistet wurde;
- Ermittlung von Möglichkeiten, wie untergeordnete Zielgruppen, einschließlich der Presse, erreicht werden können;
- Veranstaltung nationaler Seminare zu relevanten Themen und zum Zweck der Verteilung von Materialien der Stiftung (auf diese Weise wurden ca. 4 400 Publikationen verteilt).

Bekanntmachung der Botschaft

Bestrebungen der EU

Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene wurde verstärkt. Zusammen mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss wurden zwei Konferenzen abgehalten, und gemeinsam mit dem Europäischen Parlament wurde eine Anhörung über industrielle Umstrukturierung veranstaltet. Darüber hinaus war die Stiftung zu verschiedenen Diskussionsrunden bei der Kommission eingeladen und nahm an zwei Parlamentsanhörungen (über Migration und über wirtschaftlich abhängige Erwerbstätige) teil.

Prioritäten der Präsidentschaft

Die Anstrengungen, die Zusammenarbeit mit den EU-Präsidentschaften zu verstärken, wurden fortgesetzt. Unter griechischer und unter italienischer EU-Präsidentschaft wurden zwei gemeinsame Konferenzen veranstaltet. Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen waren das Thema einer Konferenz im Mai. Im November fand in Reggio Calabria im Rahmen der italienischen EU-Präsidentschaft eine gemeinsame Konferenz über Erkrankung und Beschäftigung statt. Als Vorbereitung auf ihre Amtszeit im Jahr 2004 lud die irische Präsidentschaft zur Teilnahme am irischen Forum zum Arbeitsplatz der Zukunft ein (*Irish Forum for the Workplace of the Future*).

Erweiterungsaspekt

Die Veröffentlichung des Berichts über die Arbeitsbedingungen in den Beitritts- und Kandidatenländern (*Working conditions in acceding and candidate countries*) fiel zeitlich mit der ersten Vorstandssitzung mit Beobachtern aus den künftigen Mitgliedstaaten im Oktober zusammen. Medienvertreter aus den Beitrittsländern und aus Irland waren ebenfalls eingeladen.

Veranstaltungsumfang

Insgesamt richtete die Stiftung selbstständig oder gemeinschaftlich 36 Konferenzen und Seminare aus und nahm an 97 externen Veranstaltungen teil. Ferner organisierte sie sieben größere Ausstellungen.

Zufriedenheit mit dem Internetangebot

Die Website der Stiftung, *Eurofound*, wurde laufend erweitert. Gegenüber 2002 war ein Nutzungsanstieg von 89 % zu verzeichnen; insgesamt nutzten 2003 mehr als 1,5 Millionen Personen die *Eurofound*-Website. Neun von zehn Teilnehmern an der Nutzererhebung gaben zudem an, mit der Gesamtqualität der Website zufrieden oder sehr zufrieden zu sein.

Die Nutzererhebung war Teil der *Eurofound*-Bewertung, in deren Rahmen auch eine Prüfung durch Sachverständige und ein Nutzbarkeitstest erfolgte. Durch die Bewertung wurden wertvolle Informationen gewonnen, aufgrund deren die Website in den kommenden Jahren verbessert werden kann. Beispielsweise wurde deutlich, dass der Aufbau übersichtlicher sein sollte, ein dynamischeres Aussehen wünschenswert wäre und bessere Suchfunktionen benötigt werden. Die Stiftung befasste sich außerdem damit, wie zusätzliche sektorbezogene Informationen am besten präsentiert werden können; einige der Vorschläge werden 2004 umgesetzt.

Der Website-Bereich zum Thema Arbeitsbedingungen wurde neu gestaltet und in das *European Working Conditions Observatory* umgewandelt. Das EWCO wird im Februar 2004 formell eingeführt. Die Vorbereitungen für die Präsentation der Ergebnisse der Untersuchung zu den Lebensbedingungen und zur Bereitstellung der zugehörigen Datenbank im Jahr 2004 haben ebenfalls begonnen.

Auch bei *EIROOnline*, der Website der Beobachtungsstelle für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen, war 2003 ein beachtlicher Nutzungsanstieg zu verzeichnen, nämlich 77 % mehr Nutzer (insgesamt 2 Millionen Nutzersitzungen). Das EIRO-Netz umfasst nun 26 nationale Stellen, darunter Stellen in den künftigen Mitgliedstaaten und in Norwegen sowie eine Stelle auf EU-Ebene.

Das EMCC-Webportal wurde neu gestaltet, um die Bandweite und Aktualität des verfügbaren Materials zu verbessern und *European Restructuring Monitor* (ERM, einen Quartalsbericht, in dem die aktuellen Nachrichten und Analysen der Umstrukturierung in Europa zusammengefasst werden) aufzunehmen. Im ersten kompletten Jahr, in dem das Portal zur Verfügung stand, wurden erfreuliche 49 459 Nutzersitzungen verzeichnet.

Alle Publikationen der Stiftung können kostenlos von der Website der Stiftung heruntergeladen werden.

Publikationen - weniger ist mehr

2003 wurden insgesamt 91 Titel in der Originalsprache veröffentlicht; 2002 waren es 106. Diese Zahl spiegelt die aktuelle Strategie der Stiftung wider, sich auf weniger Druckerzeugnisse von hoher Qualität zu beschränken, andererseits aber eine Vielzahl von Erzeugnissen ausschließlich in elektronischer Form anzubieten.

Integrierte Informationen

Des Weiteren wurde ein Paket mit stärker integrierten Informationen entwickelt. Auf neuen Webseiten, die zeitlich mit der Veröffentlichung einer neuen Forschungsarbeit abgestimmt sind, ist eine Zusammenfassung der Erkenntnisse enthalten, von der aus zum Hauptbericht verzweigt werden kann. In einem Artikel in *Communiqué*, dem Newsletter der Stiftung, werden die 12 000 Leser ebenfalls über die neue Veröffentlichung informiert.

Eine neue Art von Publikation wurde eingeführt: doppelseitig bedruckte Blätter, auf denen die Forschungsergebnisse zusammengefasst sind. Die Informationsblätter sind benutzerfreundlich und bilden einen ersten Überblick. Weitere Informationen sind in den auf der Website veröffentlichten Forschungsberichten enthalten. Zudem dienen sie als praktische Handzettel, die bei Seminaren und Ausstellungen verteilt werden können. Die Informationsblätter werden in alle EU-Amtssprachen übersetzt.

Mit der Erweiterung der Amtssprachen von 15 auf 21 erlangte die Mehrsprachigkeit eine neue Dimension. Unter Berücksichtigung der Haushaltsbeschränkungen ist die Stiftung bemüht, die Forschungsergebnisse und sämtliche Stiftungserzeugnisse in allen 21 Sprachen zusammenzufassen. Berichte über die Beitritts- und Kandidatenländer wurden in die Sprachen dieser Länder übersetzt.

Insgesamt wurden 44 Berichte (63 eingerechnet Übersetzungen) veröffentlicht, davon 30 (50 eingerechnet Übersetzungen) ausschließlich im Internet. Acht (13) Zusammenfassungen von Einzelberichten wurden in elektronischer Form zur Verfügung gestellt, und es wurden acht Informationsblätter veröffentlicht. Überdies wurde eine Stiftungsschrift erzeugt. 2003 erschienen sechs Ausgaben von *Communiqué*, dem Newsletter der Stiftung, und von EIRObserver. Einschließlich aller Berichte und sämtlicher Erzeugnisse in elektronischer und gedruckter Form belief sich die Zahl der Veröffentlichungen auf insgesamt 262 (91 Originaltitel und 172 Übersetzungen).

Europaweite und nationale Medien als Zielgruppe

Die Presseveranstaltungen der Stiftung im Jahr 2003 waren darauf ausgerichtet, die Stiftung auf nationaler wie europawerter Ebene für Journalisten im sozioökonomischen Umfeld als Europas Hauptquelle für Wissen, Analysen und Daten zu etablieren. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit den Pressediensten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des EWSA konnte ein regelmäßiger Kontakt zu EU-Korrespondenten in Brüssel hergestellt werden. Die intensivere Zusammenarbeit mit den nationalen Verbindungsbüros der Stiftung trug ebenfalls dazu bei, dass die Forschungsarbeit der Stiftung zum Gesprächsthema einzelstaatlicher Diskussionen wurde und der Kontakt zu einem größeren Journalistenstamm gepflegt werden konnte.

Beobachtung der Presseveranstaltungen

Im Laufe des Jahres führten die 23 Presseveranstaltungen auf EU-Ebene zu ungefähr 150 Pressebeiträgen. Diese bestanden in erster Linie aus Berichten und Artikeln in größeren europäischen Tageszeitungen sowie aus Analysen und Leitartikeln in Wochen- und Monatszeitschriften. Die zwölf Presseveranstaltungen auf einzelstaatlicher Ebene führten zu mindestens weiteren 50 Pressebeiträgen. Die Erkenntnisse und Analysen der Stiftung wurden außerdem in Fernseh- und Radiosendungen erwähnt. Zur Beobachtung der Medien in Bezug auf stiftungsbezogene Artikel und Berichte in Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosendungen über alle 25 EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer hinweg wurde ein neues System eingerichtet.

Um den Zugang zu Informationen der Stiftung noch weiter zu vereinfachen, wurden weitere Beiträge in den Nachrichtenbereich von Eurofound aufgenommen, beispielsweise Hintergrundangaben und Zitate zu jeder Presseveranstaltung. Die Zahl der Journalisten, die sich dafür angemeldet hatten, über Nachrichten der Stiftung per E-Mail benachrichtigt zu werden, verdoppelte sich im Lauf des Jahres auf 1600. Die Zahl der Anfragen von Journalisten blieb im Vergleich zu 2002 nahezu unverändert (durchschnittlich etwa eine Anfrage pro Tag).

Die Mitarbeiter der Stiftung wurden zudem im Bereich Medien geschult, um die Anforderungen und Bedürfnisse der Journalisten besser verstehen und berücksichtigen zu können.

Forum für die Zukunft

Das Forum der Stiftung wurde 2002 ins Leben gerufen, um Akteure und Sachverständige aus dem sozialpolitischen Umfeld regelmäßig zusammenzubringen. Die Veranstaltung wird im Zweijahresturnus abgehalten, dazwischen erfolgen unterstützende Treffen. 2003 fand in Ljubljana, Slowenien eine Sachverständigendebatte über die Arbeits- und Lebensbedingungen im Jahr 2010 (*Working and living conditions in 2010*) statt. Mit dem Treffen wurde ein zweifaches Ziel verfolgt: Zum einen sollte es Anregungen für das nächste Vierjahresprogramm der Stiftung bieten, zum anderen sollte ein Thema für das Forum 2004 festgelegt werden. Aus den Diskussionen gingen verschiedene Themenkomplexe hervor, die in das Themengeflecht des bevorstehenden Forums verwoben werden müssen, das im November 2004 in Dublin stattfinden wird.

Informationsverbreitung durch Fortbildung

Das abschließende Seminar einer Reihe von Treffen, die von der Europäischen Gewerkschaftsakademie (EGA), dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) und der Stiftung gemeinsam veranstaltet wurden, fand vom 6.-9. März in den Räumen der Stiftung statt. Bei dieser Veranstaltung stand das Internet als Instrument zur Gewinnung und Verbreitung von Informationen über Arbeitsbeziehungen im Mittelpunkt. Gleichzeitig kennzeichnete die Veranstaltung das Ende der mehrjährigen Zusammenarbeit, da die Stiftung das Seminar künftig den fähigen Händen der EGA überlässt.

2003 führte die Stiftung eine Machbarkeitsstudie für eine Seminarreihe aus, im Rahmen derer die Erfahrungen mit europäischen Sozialangelegenheiten mit den auf einzelstaatlicher Ebene Beteiligten in den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden sollten.

Breiterer Besuchsumfang

Die Zahl der Besuche bei der Stiftung nahm 2002 geringfügig ab: 66 Gruppen im Vergleich zu 69 Gruppen im Vorjahr. Andererseits fielen die Besuche länger aus, und ein beachtlicher Teil der Besucher kam aus den Beitritts- und Kandidatenländern. Alle Interessen- und Zielgruppen der Stiftung waren unter den Besuchern vertreten. Etwa ein Viertel der Gruppen setzte sich aus Vertretern von EU-Einrichtungen oder Ministerien zusammen und ein Drittel aus Vertretern der Sozialpartner oder Regierungen. Etwa jede zwölfte Gruppe kam aus Medienkreisen, und eine von zwanzig Gruppen entstammte einer Nichtregierungsorganisation.

Neugestaltung des Informationszentrums

In Erfüllung seiner Aufgabe, die Stiftung bei der Erstellung und Verbreitung ihrer Arbeit zu unterstützen, beschaffte das Informationszentrum 500 neue Titel und wichtige Veröffentlichungen in allen Arbeitsbereichen, um den Kernbestand der 120 (in gedruckter oder elektronischer Form) verfügbaren Zeitschriften zu ergänzen. Die Bibliothek ist nicht nur für die Mitarbeiter eine wichtige Informationsquelle, sondern auch für die Besucher. Durch die im Lauf des Jahres vorgenommene Renovierung wurde im Bibliotheksraum mehr Platz geschaffen, und es kann nun leichter auf die gedruckten und elektronischen Ressourcen zugegriffen werden. 2003 gingen 565 Anfragen beim Informationszentrum ein.

Qualitätskontrolle

Mit der Einstellung eines neuen Chefredakteurs im Jahr 2003 erhielten die redaktionellen Aufgaben mehr Gewicht. Eine Redaktionsabteilung wurde eingerichtet, und jedes Informationsprodukt durchläuft einen strikten redaktionellen und produktionsbezogenen Prozess, bevor es veröffentlicht wird. Der interne Arbeitsablauf wurde durch die Einführung eines internetgestützten Produktverfolgungssystems ebenfalls verbessert.

Der Qualitätssicherungsprozess für Übersetzungen wurde 2003 überarbeitet. Es wurde beschlossen, ein Netz aus Personen einzurichten, die sich mit der einschlägigen Terminologie und mit Qualitätsprüfungen auskennen, um ein gleichbleibend hohes Übersetzungsniveau zu gewährleisten. Das Netz wird 2003 aufgebaut werden.

Für die Bewertung und Beurteilung von Konferenzen wurde ein System entwickelt, das ab 2004 genutzt werden soll. Die Strategien und Verfahren für die Vorbereitung von Konferenzen wurden ebenfalls überarbeitet.

Die Initiativen zur Information und Kommunikation waren 2003 in zunehmendem Maße Bestandteil jedes Forschungsprojekts und -programms. 2004 wird ein noch integrativerer Kommunikationsansatz auf thematischer Grundlage verfolgt werden, der Teil der laufenden Bemühungen ist, bei den Zielgruppen der Stiftung für eine höheren Bekanntheitsgrad der Stiftungsarbeit zu sorgen.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Jahresbericht 2003

2004 – vii, 41s. – 21cm x 29.7cm